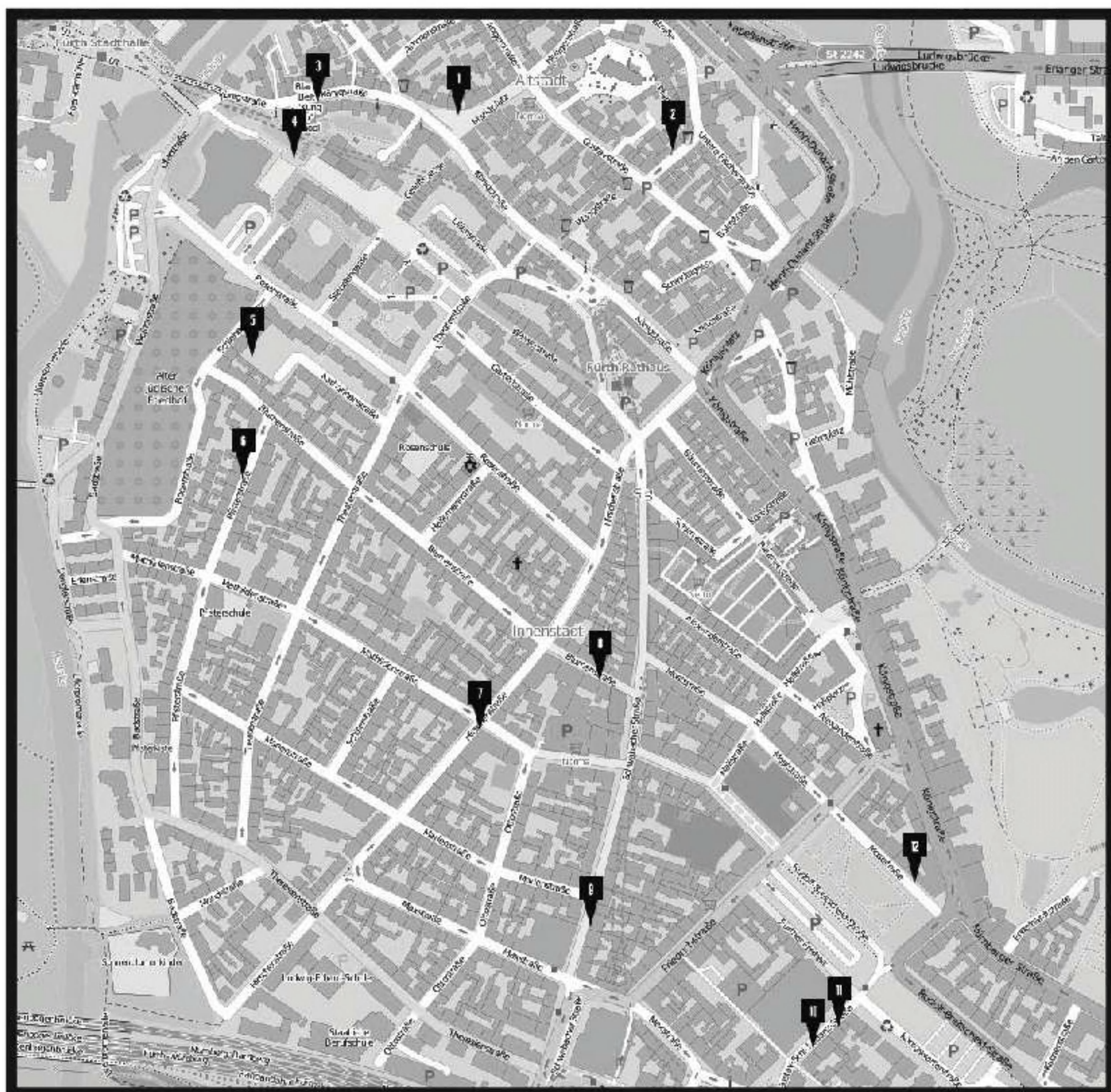


WIDERSTAND GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS IN FÜRTH

BEGLEITBROSCHÜRE ZUM ANTIFASCHISTISCHEN STADTRUNDGANG
EINE AKTION DER ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN FÜRTH IN ZUSAMMENARBEIT MIT SIEGFRIED IMHOLZ

WEGPUNKTE



Impressum:

Herausgeber: Antifaschistische Linke Fürth (ALF)

Vi.S.d.P.: Lea Meier, Gebhardtstr. 6, Fürth

Auflage: 500, Schutzgebühr: 2 Euro

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den/die Adressat_in Eigentum der ALF. „Zur-Habe-Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die ALF zurückzugeben.

Mit der Schreibweise des Unterstrich, wie in „Ar-bei-ter_innen“ wird im Sinne von „queer“ versucht, Subjektpositionen jenseits der klassischen Gegenüberstellung von „männlich/weiblich“ sichtbar zu machen.

Diese Broschüre wurde vom Infoladen Benario, der Antifaschistischen Linken Fürth und Siegfried Imholz erstellt. In Kooperation mit:

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BAYERN

KURT EISNER VEREIN

WASG
Wolfgang Abendroth-Stiftungsgesellschaft

FÜRTH **GEGEN** RECHTSEXTREMISMUS
BÜNDNIS UND RASSISMUS

INHALT

Vorwort & Der Widerstand der Arbeiterbewegung	4
Stationen des Stadtrundgangs	21
Marktplatz 1: Christian Hofmann	22
Babette Zuckermantel	24
Obere Fischerstrasse 1: Fritz Örter	26
Königstraße 26: KPD-Büro	28
Bergstrasse 3: Die „Baufeldersche Wirtschaft“	30
Katharinenstraße: Stadtgefängnis	33
Pfisterstrasse 14: Johann Frenzel	34
Exkurs: Der Widerstand der KPD von 1935-1936	36
Georg Hausladen	42
Hirschenstrasse 24: ADGB und SPD Zentrale	44
Blumenstrasse 3: Fritz Sauber	48
Schwabacher Strasse 43: Familie Goldmann	51
Bahnhofstrasse 2: Dr. Albert Rosenfelder	54
Bahnhofstrasse 9: Dr. Kurt Königsberger	56
Michael Blöth	58
Moststrasse 35: Dr. Rudolf Benario	60
Exkurs: Eine Fürther Weihnachtsgeschichte 1931	62
Anton Hausladen: „Eine kommunistische Karriere“	64
Epilog und weitere Informationen	68

VORWORT: GESCHICHTE WIRD GEMACHT!

Wir haben es uns mit dieser Broschüre zur Aufgabe gemacht, die Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in Fürth zu dokumentieren und nachzuvollziehen. Abseits populärer Mythen und revisionistischer Erzählungen, wollen wir die Geschichte aufarbeiten und damit jener gedenken, die ihr Leben riskiert oder gar verloren haben, um faschistischer Ideologie Einhalt zu gebie-

ten. Für uns bedeutet dies einen kritischen Blick zurück zu werfen, aus Fehlern zu lernen und daraus eine eigene Praxis zu entwickeln. Damals wie heute, gehören Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat zum kapitalistischen Alltag. Dass Menschen für ihren Kampf um Befreiung sterben mussten erfüllt uns mit Trauer und Wut, gibt uns aber auch die Motivation heute aktiv zu werden.

DEN RASSISTISCHEN NORMALZUSTAND ANGREIFEN!

Die Alltäglichkeit rassistischer Diskriminierung wird immer wieder auf schmerzhaft Art und Weise deutlich. Exemplarisch hierfür stehen die Morde des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) und der gesellschaftliche Umgang damit. Der NSU, entstanden in den 1990er Jahren, einem Jahrzehnt das von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünften und einer rassistisch aufgeheizten gesellschaftlichen Stimmung gekennzeichnet ist, zog von staatlichen Stellen unbehelligt mordend durch die BRD. Diese ermittelten unter

dem rassistischen Stichwort „Dönermorde“ in der „SoKo Bosphorus“ gegen die Opferfamilien. Seit der Selbstenttarnung des NSU werden immer wieder staatliche Verstrickungen bis hin zur Unterstützung durch Behörden aufgedeckt. Schon vor Prozessbeginn war klar, dass der NSU keine eigenständig agierende Gruppe, sondern vielmehr ein Netzwerk war. Im NSU-Prozess wird allerdings nur von einem Terror-Trio gesprochen, was zeigt, dass, seitens der Ankläger_innen kein Wille besteht, den Komplex umfassend auf-

zuklären. Desweiteren werden Akten, die Erkenntnisse liefern könnten gezielt zurückgehalten. Schlussendlich

lässt sich also feststellen, dass der Prozess keine Aufklärung bringen wird.

DER NSU UND FRANKEN

Die Verbindungen reichen auch nach Franken, einer Hochburg neonazistischer Aktivitäten. So steht Matthias Fischer, führender Kader der bayerischen Naziszene auf der Kontaktliste des NSU-Terroristen Mundlos.

Antisemitische Hetze, wie gegen das jüdische Museum in Fürth, reiht sich also in eine Geschichte ein, die geprägt ist von rassistischen Angriffen, Propaganda und sexistischen Frauenbildern.

FRAGEND BLICKEN WIR ZURÜCK. FRAGEND SCHREITEN WIR VORAN.

Geschichtliche Kontinuitäten lassen sich also aufzeigen, sie sind bittere Realität. Da aber Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat nur mit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Kapitalismus gedacht werden können, sehen wir es als Pflicht an, diese menschenverachtende Logik unserer Kritik zu unterziehen. "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht un-

ter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen und überlieferten Umständen."⁰ Daher betrachten wir Geschichte als Geschichte des und gegen den Kapitalismus. Die Forderung nach einer Gesellschaft der Freien und Gleichen von damals ist heute nicht weniger aktuell, denn der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte!

*Antifaschistische Linke Fürth
im April 2014*

⁰ Marx, Karl (2012):
Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. Berlin.

DER WIDERSTAND DER ARBEITERBEWEGUNG GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE BEWERTUNG IN DER NACHKRIEGSGESCHICHTE

„Dass die Widerstands-Historiographie allgemein - genau so wie die jüdische im speziellen - vor 1970 ein völlig vernachlässigtes Gebiet war, ist ja zur Genüge bekannt. In Westeuropa und Amerika war sie in der Atmosphäre des Kalten Krieges lange Jahre ganz einfach nicht Mode. Denn wie auch immer man es drehen oder wenden mochte, um die Tatsache, dass im gesamten europäischen Widerstand den Kommunist_innen entweder die führende oder eine recht erhebliche Rolle zugewiesen werden musste, wollte man objektive Forschung betrei-

ben, kam man nicht herum [...] mit dem kommunistischen Einfluss im Widerstand konnte man sich eben nicht befreunden. Wir begegnen hier einer ganzen Kette von Tabus und der Selbstzensur der Historiker_innen.“¹

Bis in die 60er Jahre galt sogar der Putschversuch der Offiziere des 20. Juli der Mehrheit der Bevölkerung als Landesverrat. Die Flugblätter, die die Todesurteile gegen die Student_innengruppe der „Weißen Rose“ zur Folge hatten, wurden nur widerwillig zur Kenntnis genommen. Und bis heute ist der Widerstand

1 Pauker, Arnold (1999): Deutsche Jugend im Widerstand 1933-1945. Tatsachen und Probleme. Frankfurt am Main.

der Arbeiter_innenbewegung oft nur eine Randnotiz der Geschichtsschreibung. Über 70 Jahre benötigte Fürth, um sich der ersten Opfer des Nazi-terrors in der Stadt, der Kommunisten Ernst Goldman und Rudolf Benario, überhaupt zu erinnern. Das ist kein Einzelfall. Dieser Umgang mit den kommunistischen Opfern gilt parteiübergreifend für die ganze Bundesrepublik.

Die Arbeiter_innenbewegung - vor allem die kommunistische - hat nicht nur die größten Opfer im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gebracht. Sie war es, die lange vor der Kapitulation und klammheimlichen Zustimmung der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft zur braunen Barbarei, den Kampf dagegen aufnahm. Die Losung „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“ in den Wahlkämpfen der Weimarer Republik stammt nicht aus dem Repertoire "staatstragender Demokraten".

Arbeiter leisteten Widerstand, als die Offiziere des 20. Juli noch gemeinsam mit Konzernherren gewissenhaft den Vernichtungskrieg gegen die Sowjet-Union planten, als Beamt_innen und Jurist_innen ebenso gewissenhaft Raub und Völkermord vorbereite-

ten. Bekanntlich entdeckten einige ihr ‚oppositionelles Gewissen‘ erst nach der Niederlage in Stalingrad. Hannah Arendt konstatierte 1963, die Gewissensfrage sei doch schon 1933 so einfach und eindeutig gestellt gewesen, dass die politische Ethik für jenen Widerstand - gemeint ist der des 20. Juli 1944 - kein Motiv gewesen sei. Diese Opposition habe sich erst „an der Kriegsfrage“ entzündet, denn die Verschwörer_innen handelten ausschließlich „im Sinne nationalpolitischer Erwägungen“. In der „Judenfrage“ stellte sie durchaus „gewisse Übereinstimmungen“ zwischen Carl Goerdeler und Adolf Eichmann fest.²

Dafür, dass der Arbeiter_innenwiderstand gegen die Nazidiktatur erst so spät – und dann auch noch sehr selektiv – zur Kenntnis genommen wurde, gibt es neben dem von Arnold Paucker genannten ‚kaltem Krieg‘ eine ganze Reihe weiterer Gründe:

Er legt bis heute Zeugnis dafür ab, dass es zur Mittäterschaft und Anpassung eine Alternative gegeben hatte, ein noch immer unangenehmer und lästiger Spiegel, den er der Bevölkerungsmehrheit vorhält. Es gehört zu den dunkeln Ka-

2 Arendt, Hannah (2000): Eichmann in Jerusalem. München. S. 199f.

piteln bundesdeutscher Geschichte, dass nach der Zerschlagung der Nazidiktatur der größte Teil der belasteten Funktionsträger_innen seine Karriere im neuen Staatsapparat nahtlos fortsetzen konnte. Im Wirtschaftsministerium waren bis zu 80% der leitenden Beamt_innen ehemalige NSDAP Mitglieder, im Außenministerium über 70 %. „[...] Die Entnazifizierung des

Auswärtigen Dienstes war das Ergebnis eines gigantischen Entlastungswerkes [...]“, vermerkt eine Studie aus den Jahr 2010.³ Kein_e Richter_in wurde wegen seiner/ihrer Schandurteile je zur Rechenschaft gezogen. Nicht anders verhielt es sich mit der Zusammensetzung der Parlamente, wie das Beispiel des Bundestages zeigt.⁴

Ehemalige NSDAP Mitglieder bei CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag

	1949- 1953	1953- 1957	1957- 1961	1961- 1965	1965- 1969
GB/BHE		22			
CDU/CSU	50	108	126	119	109
DP	13	13	13		
FDP	15	28		44	31
Minister	3	11	11	18	14

3 Conze, Eckhart und Frei, Norbert (2010): Das Amt und die Vergangenheit. München.

4 Keller, Gerhard, DIE LINKE (18.10.2009)

5 Nürnberger Nachrichten (8.1.1947, 7.5.1947)

6 Nürnberger Nachrichten (14.5.1947)

Auf lokaler Ebene war man nicht weniger zimperlich: Im Januar 1947 forderte der Fürther Oberbürgermeister Bornkessel die Besatzungsbehörden auf, endlich mit der Praxis, die alten Beamt_innen zu entlassen, Schluss zu machen. Die FDP stattete den „Soldaten, die nur ihre Pflicht getan hätten“, in zahlreichen Veranstaltungen „ihren Dank

ab“ und der CSU Landtagsabgeordneter Wolfgang Prechtel erklärte, die Internierungslager der Alliierten für Nazis seien das gleiche wie Hitlers KZs.⁵ Am 14. Mai 1947 schließlich, vermeldeten die Fürther Spruchkammern die ‚totale Demokratisierung‘ mit der Schlagzeile: „93,4% aller Fürther entnazifiziert“⁶ Alle, die 1933 gejubelt und

eifrig mitgemacht hatten, „als die Nazis zuerst die Kommunisten holten“ (Martin Niemöller), hatten jetzt die Deutungshoheit über den antifaschistischen Widerstand. Die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit, der Mittäterschaft und Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung, nutzten sie zur Konstruktion eigener Widerstandslegenden, die für die historische Wahrheit wenig Raum ließen.

1962 urteilte der Bundesgerichtshof in einer bis heute höchst wirksamen Grundsatzentscheidung: „Ein gegen eine bestehende Unrechtsherrschaft geleisteter Widerstand kann nur dann als rechtmäßig angesehen werden, wenn die Widerstandshandlung nach ihren Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernster und sinnvoller Versuch zur Beseitigung des bestehenden Unrechtszustandes gewertet werden kann, der einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich trägt [...]“ Diese Entscheidung beschränkte das Recht auf Widerstand letztlich auf die reaktionären Militärs des 20. Juli 1944. Der Widerstand der Arbeiter_innenbewegung, vor allem der

kommunistischen, wurde damit zum Unrecht umgewertet, denn die Motive der Kommunisten waren nach der Logik der kalten Krieger die „Herbeiführung eines neuen Unrechtszustandes“. Mit ähnlicher Begründung waren nach dem KPD-Verbot 1956 alle aktiven Kommunist_innen von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen worden. Schon auf dem Düsseldorfer Parteitag von 1948 hat die SPD Führung in einem Unvereinbarkeitsbeschluss die Mitgliedschaft von sozialdemokratischen Verfolgten in der VVN⁷, die sie als Tarnorganisation der KPD diffamierte, verboten. Im Bemühen sich als Volkspartei zu profilieren, versuchte die SPD-Spitze seit Mitte der 50er Jahre, das Bedürfnis nach einer kollektiven Schuldentlastung zu bedienen. Der hessische Ministerpräsident Zinn stellte das Schicksal der in den Lagern geschundenen Nazigegner_innen auf eine Stufe mit jenen, „[...] die in der russischen Steppe [...] in den schwersten Konflikt, dem zwischen Vaterland und Menschheit gestellt waren.“ Reflexartig wurde von der SPD-Führung das vermeintliche „Stigma der Kollektivschuld“ auch von Emigrant_innen, wie Willy

7 "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes"

Brandt zurückgewiesen und die Putschisten des 20. Juli 1944 zur „Blüte der Nation“ geadelt.⁸

Seit 1989/90 setzt die ‚gesamtdeutsche‘ Neudeutung der Geschichte ein. Sie stellt das antifaschistische Erbe der Kommunist_innen infrage und legte die Totalitarismusthese der 50er Jahre, nach der „Rechts- und Linksextremismus“ die Demokratie zerstört habe, modifiziert auf. Mit dem Kampfbegriff von den ‚beiden deutschen Diktaturen‘ werden

die größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit mit den Verwerfungen in den sozialistischen Ländern gleich gesetzt. Die Verharmlosung der NS-Barbarei wird zur Leitlinie offizieller Geschichtsinterpretation. Mit dem Schlagwort ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ verkommt die Frage, ob und wie die Barbarei hätte verhindert werden können, zur Phrase der ‚Kultur des Erinnerns‘, die sich nur noch in Kranzabwürfen manifestiert.

KRISE UND ARBEITSLOSIGKEIT IN FÜRTH

Im Mai 1931 erfasst die Krise mit voller Wucht die Fürther Wirtschaft. Ihre Hauptzweige standen vor dem Zusammenbruch. Opfer waren vor allem die Industriearbeiter_innen. Im Verlauf des Jahres sank die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr unter 10 000. „Bis zum Jahresende stieg die Zahl der Arbeitslosen im November und Dezember bis auf rund 13700 und erhöhte sich im Januar 1932 auf mehr als 14 500.“⁹ Noch im Juni 1933 waren in Fürth 11937 Personen, 29,7% arbeitslos. Hinzu kam noch eine nicht genau verifizierbare Zahl an Kurzarbeiter_innen.

Die Mehrheit waren Arbeiter_innen (10119). Die Zahl der erwerbslosen Angestellten betrug 1651. Die Arbeitslosigkeit wurde von den Unternehmer_innen für drastische Lohnkürzungen genutzt: So wurden 1931 in Fürth die Löhne der Glasarbeiter_innen um 5,7%, die der Metallarbeiter_innen im März um 5,5% und im November um 10,6% gesenkt. In Bayern sanken die Durchschnittslöhne von Dezember 1930 bis Ende 1932 um 20,3 bzw. 21.1%. In der Fürther Möbelindustrie betrugen diese Kürzungen einschließlich des Wegfalls der übertariflichen

8 Brand, Willy (7.8.1960): im SPD-Presserat

9 Strauß, Heinrich (1980): Fürth in der Wirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Nürnberg. S. 208ff.

Zahlungen 35%.¹⁰ Im Verlauf des Jahres 1930 zeigte sich auch, dass der größte Teil der bayerischen Glasindustrie mit dem Tempo des technischen Fortschritts nicht Schritt halten konnte. Dr. Alfred Kuhlo, Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes am 8. Dezember 1930:

„Schon kommen aus Amerika Meldungen, dass dort neue Fabrikationsmethoden eingeführt werden, die eine weitere Konzentration der Glasindustrie notwendig machen. Hier geht die Entwicklung der Technik wie eine Dampfwalze über alte Traditionen hinweg und ein Kampf gegen diese Entwicklung wäre ebenso aussichtslos, wie seinerzeit der Kampf der Postkutsche gegen die Eisenbahn.“¹¹

In Fürth war während dieser

Krise in der Spielzeug- und Spiegelindustrie der Export fast gänzlich zusammengebrochen. 1932 schließt z.B. die Fa. Wiederer in der Waldstraße mit 1000 Arbeitsplätzen. Diese angespannte wirtschaftliche Situation führte besonders in den kleinbürgerlichen Mittelschichten, in deren Gesellschaftsvorstellungen der Antisemitismus schon seit der Gründung des deutschen Nationalstaates einen festen Platz hatte, zu einer wachsenden Existenzangst, gefördert durch die für die deutschen Herrschaftseliten traumatische Niederlage des 1. Weltkrieges und auf sie folgenden revolutionären Ereignisse in Russland, Deutschland 1918 und 1920 und anderen europäischen Ländern.

WAHLERGEBNISSE 1919 BIS 1933

Die Wahlerfolge der rechten, nationalistischen und offen antisemitisch agierenden Parteien und Gruppen:

Richtig ist, dass die Stadt Fürth von 1918 bis 1933, bedingt durch eine von Industriearbeiter_innen geprägte Bevölkerungsstruktur, ein hohes Stimmenpotenzial für die

linken Arbeiterparteien (SPD, USPD und KPD) hatte, die nicht mit nationalistischen und antisemitischen Ressentiments um Wähler_innenstimmen warben. Aber bereits bei den Reichstagswahlen am 4.5.1924 erzielte der „Völkische Block“ – ein Vorläufer der NSDAP – in Fürth 25,6% der

10 ebd. S. 211.

11 Müller, Michael (2006): Seligmann Bendigt & Söhne Spiegelglas- und Fensterglas-Fabriken. Aufstieg und Niedergang einer jüdischen Unternehmerfamilie der Fürth Spiegelglasindustrie. Fürth.

12 Strauß, Heinrich (1980): Fürth in der Wirtschaftskrise und nationalsozialistischen Machtergreifung. Nürnberg. S. 457.

13 ebd. S. 148.

Wählerstimmen. (Im Vergleich dazu in Bayern 16% und im Dt. Reich 6,5%). Zusätzlich bekamen die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP) 7,7% und die Wirtschaftspartei 1,3%. Sie erreichten früh über 1/3 der Wählerstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 81,5%.¹² Diese Parteien waren entweder in ihrer gesamten Programmatik antisemitisch orientiert, oder sie hatten einzelne antisemitische Programmpunkte. Die DNVP nahm z.B. 1920 einen Passus zum Kampf gegen die „Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit“ in ihr Partei-

programm auf. Die Bayerische Volkspartei (BVP) bezeichnete sich als betont antisozialistisch, sah im Marxismus „das theoretische Produkt eines jüdisch-zersetzenden Geistes“. „Die Wählerschaft der NSDAP rekrutierte sich folglich ohne Zweifel in sehr starkem Maße aus der Schicht der Selbständigen, sowie aus der Schicht der Angestellten und Beamten [...] Sehr wenig Neigung zur NSDAP zeigten dagegen die Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen den Nationalsozialismus erst 1933 merklich nachließ“.¹³

ZEITTADEL WIDERSTAND ARBEITERBEWEGUNG (UNVOLLSTÄNDIG)

- 30.06.1932 In der unteren Königstraße wird die Wagenkolonne Streichers, im Auto befand sich auch Hitler, nachmittags, 17 Uhr auf der Fahrt vom Flugplatz Atzenhof mit Steinen und Kartoffeln beworfen und mindestens einmal beschossen. Einige Zeit vorher hat der Wagen des NSDAP Reichstagsabgeordneten Stegmann die Strasse passiert und war ebenfalls mit Steinen beworfen worden.
- 30.01.1933 Hitler wird von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.
- 31.01.1933 Die KPD ruft reichsweit zum Generalstreik auf. Die SPD Zeitung Münchner Post erklärt: „Hitler wird scheitern!“
- 04.02.1933 60 – 70 SA Leute überfallen das Versammlungslokal der KPD in der Bergstrasse. Dabei werden 8 Personen durch Schüsse verletzt. (NBZ 4.02. und 6.02.1933)
- 27.02.1933 Reichstagsbrand: Die „Neue Zeitung“, Tageszeitung der KPD für Bayern wird verboten.
- 28.02.1933 Verordnung „Zum Schutze von Volk und Staat“ des Reichspräsidenten Hindenburg. Mit ihr werden nach dem Reichstagsbrand alle Grundrechte außer Kraft gesetzt. Sie bildete die Grundlage für die Verfolgung der Arbeiterparteien, vor allem der KPD.
- 01.03.1933 Verbot sämtlicher Veranstaltungen der KPD
- 02.03.1933 Drei Kommunisten werden beim Plakate ankleben verhaftet und einer wegen unerlaubten Waffenbesitzes (er trug ein Spachtelmesser bei sich) zu 3 Monaten Haft verurteilt. Zwei weitere werden zu 5 Tagen Haft verurteilt (Amtsgericht Fürth).

- 03.03.1933 Polizeiaktion gegen das Fürther KPD Büro in der Königstr. 26. Die Räume werden durchsucht Schreibmaschinen und Schriften beschlagnahmt, das Büro geschlossen.
- 04.03.1933 Eine Versammlung der KPD im Geismannsaal wird verboten
- 05.03.1933 Reichstagswahlen: Bei den Wahlen erhält die KPD in Fürth 5003 Stimmen. Alle Reichstagsabgeordneten der KPD waren im Exil, auf der Flucht oder verhaftet.
- 09.03.1933 Gleichschaltung Bayerns: General von Epp wird von der Reichsregierung zum Staatskommissar für Bayern ernannt. Der Münchner NSDAP Gauleiter Adolf Wagner wird Innenminister, Heinrich Himmler Chef der Bayerischen Polizei.
- 10.03.1933 In der Nacht vom 10. auf den 11. März erlässt Innenminister Wagner über Polizeifunk die Anweisung zur Auflösung von Reichsbanner, Eiserner Front und SAJ und die „Inschutzhafnahme sämtlicher kommunistischer Funktionäre und der Reichsbannerführer“. Die SPD sollte nach diesen Weisungen noch unangetastet bleiben. Das Gewerkschaftshaus in der Hirschenstr. 24 wird von der SA besetzt. Weiter heißt es in der Rieß Chronik: „Den ganzen Tag über wurden von bewaffneten aktiven Nationalsozialisten Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Auch der Führer des „Reichsbanners“ Teichmann wurde in Schutzhaft genommen.“
- Rudolf Benario, Ernst Goldmann, 20 weitere Kommunist_innen, unter ihnen der KPD Stadtrat Blöth werden verhaftet. Sie sind die ersten Fürther_innen, die von den Nazis in Dachau umgebracht werden.
- 11.03.1933 Das Reichsbanner wird in Bayern verboten. Haussuchungen beim Reichsbanner, der Eisernen

Front und der sozialistischen Arbeiterjugend

- 13.03.1933 Der Geschäftsführer des „Eigenen Heims“, Köpplinger, der Stadtrat Sperber (SPD) und der Wohlfahrtsbeamte Chr. Helmschmidt, der Obsthändler Josef Meixner, der Kaufmann J. Rawicz und andere werden in Schutzhaft genommen. Dazu Chronik Rieß: „Bis jetzt wurden 110 Personen in Schutzhaft genommen.“
- 15.03.1933 Die Fürther Pulverfabrik (Dynamit) wird von Polizei und SA besetzt, angeblich um den geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten
- 16.03.1933 NSDAP fordert den Rücktritt von Bürgermeister Wild. Unter der Führung von Dr. Streck zieht der "Pöbel" vor die Privatwohnung Wilds und will sie stürmen.
- 16.03.1933 NSDAP Fraktionsvorsitzender Jakob wird aufgrund der Ermächtigung des Staatskommissars für das Staatsministeriums des Inneren mit der Wahrnehmung der Geschäfte des I. Bürgermeisters beauftragt. Er erklärt in einem Rundschreiben an die Beschäftigten u.a.: „Wer glaubt, sich der nationalen Entwicklung der Stadt entgegenstemmen zu können, wird sofort beseitigt werden [...].“
- 17.03.1933 Bürgermeister Wild (SPD) tritt zurück. Jakob wird Bürgermeister, das SPD Jugendheim in der Friedrich-Ebert Str. wird besetzt und nach Stadtrat Eberhard gefahndet. In den Schrebergärten der Südstadt wird mit einer Razzia nach kommunistischen Flugblättern gesucht.
- 20.03.1933 Absetzung aller Gemeinderäte kommunistischer und sozialistischer Parteien. Der KPD Stadtrat Anton Hausladen wird in Nürnberg verhaftet
- 22.03.1933 Das erste Konzentrationslager (Dachau) wird errichtet.

- 22.03.1933 SPD Stadtrat Eberhard wird in Schutzhaft genommen.
- 23.03.1933 „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das sogenannte Ermächtigungsgesetz wird gegen die Stimmen der SPD verabschiedet.
- 23.03.1933 Über der Fürther Sprengstoffabrik wird die schwarz-weiss-rote Fahne durch Stahlhelm und SA gehisst. „Damit wurde auch diesem bisher unter marxistischer Herrschaft stehende Betriebe der Stempel der neuen Zeit aufgedrückt.“
- 24.03.1933 In der Fürther Sprengstoffabrik werden 11 Kommunist_innen an ihrer Arbeitsstätte verhaftet. Kunigunde Hausladen wird verhaftet.
- 26.03.1933 Presseerklärung des 1. Bürgermeisters Jakob: „Es liegt ein Schreiben des berufsmäßigen Stadtrats Rechtsrat Dr. Bornkessel vor, worin er seinen am 23. März erfolgten Austritt aus der SPD erklärt und sich zur Mitarbeit im Sinne des nationalen Aufbaus zur Verfügung stellt [...]. Desgleichen machte der berufsmäßige Stadtrat Burghart in einem Briefe vom Samstag, den 18. März, Mitteilung, dass er mit diesem Tage aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei und sich zur unbedingten loyalen Mitarbeit im Dienste des neuen Aufbaus bekennen wolle mit der Versicherung sich jeder parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten [...]. Die ehrenamtlichen Stadträte Dornberger (SPD) und Seeger (SPD) haben ihren Rücktritt erklärt. Stadtrat Seeger hat zugleich seinen Austritt aus der SPD zu Kenntnis gegeben [...].“
- „Die größte Razzia seit Menschengedenken in Fürth“ Dabei werden zusammen mit der SA und SS 60 Kommunisten verhaftet. Der Anlass war ein angeblich geplantes Sprengstoffattentat auf das Fürther Gaswerk. „Die verhafteten

- Kommunisten wurden nach ihrer Vernehmung in ein Konzentrationslager gebracht.“ (FA vom 28.03. und 1.04.33)
- 07.04.1933 Gesetz „über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Damit werden kommunistische und jüdische Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen. Mit der Entlassung können auch von ihnen genutzte Mieträume gekündigt werden. In Bayern werden jüdische Medizinstudent_innen nicht mehr zugelassen.
- 11.04.1933 Notiz Chronik Rieß: „Die in Haft genommen Kommunisten sind gestern in ein Konzentrationslager nach Dachau gebracht worden“.
- 12.04.1933 Rudolf Benario und Ernst Goldmann werden in Dachau ermordet.
- 20.04.1933 Der KPD Stadtrat Anton Hausladen wird in Nürnberg verhaftet.
- 02.05.1933 Das SPD Parteibüro und das Gewerkschaftshaus in der Hirschenstr. 24 wird in das Zentrum der Deutschen Arbeitsfront umfunktioniert. Razzia in Fürth. Es werden 25 Personen (Kommunisten und Sozialdemokraten) festgenommen.
- 10.05.1933 Bücherverbrennungen an allen deutschen Universitäten. Das Parteivermögen der SPD wird beschlagnahmt.
- 22.06.1933 Der SPD wird jegliche politische Betätigung untersagt.
- 28.06.1933 Die bayerische Politische Polizei ordnet die Verhaftung sämtlicher sozialdemokratischer Mandatsträger_innen an.
- 14.07.1933 Gesetz über den Widerruf der Einbürgerung und der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Deutschen im Ausland

kann die Staatsbürgerschaft aberkannt, ihr Vermögen beschlagnahmt werden, wenn eine „Schädigung deutscher Belange im Ausland“ vermutet wurde. Die Fürther Kommunist_innen Georg Hausladen, Hermann Reim, Hans Merkel und Rudolf Feistmann werden 1940 ausgebürgert.

- 14.11.1933 Konrad Grünbaum (SPD) wird in Weiden verhaftet.
- 28.06.1935 In das Strafgesetzbuch werden Straftaten aufgenommen, die „nach dem gesunden Volksempfinden Bestrafung verdienen“. (Walk S.119 Nr.592 RGBL. I S.839).
- 15.09.1935 Reichsbürgergesetz und das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, die sogenannten Nürnberger Rassengesetze, werden verabschiedet.
- 01.02.1936 Anklage und Verurteilung von 3 Fürther KPD Mitgliedern wegen Hochverrats (Koch, Georg 3 ½ Jahre; Schneider, Johann 3 ½ Jahre; Seitz, Georg 4 Jahre)
- 01.02.1937 Drei Fürther werden verhaftet, weil sie Radio Moskau gehört haben.
- 21.03.1938 19 Fürther_innen werden wegen Hochverrats verurteilt: Leonhardt Arnodt (KPD), Julius Müller (SPD, Rote Hilfe), Walburga Müller (SPD), Ernst Ruff (KPD), Katharina Reitzhammer (KPD), Georg Voit (KPD), Johann Bertold (SPD), Ferdinand Kornberger (KPD), Franz Schmidtman (KPD, RGO), Georg Ebert (KPD), Kunigunde Hausladen (KPD), Georg Pröll (parteilos), Friedrich Knorr (SAJ), Andreas Stahl (KPD), Karl Segitz (KPD), Johann Frenzel (KJVD), Max Flemming (KPD, RFB), Michael Wedel(KPD) und Wilhelm Schuster (KPD). Sie werden zu Haftstrafen von 6 Monaten Gefängnis bis zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der

Strafverbüßung werden die meisten von ihnen von der Gestapo in ein Konzentrationslager überstellt.

- 06.06.1938 Das bayerische Staatsministerium der Innern fordert die Stadtverwaltungen auf, alle „Querulanten“ zu erfassen und der Gestapo zu melden. Am 02.08.1938 werden von der Stadtverwaltung 3 Personen gemeldet und alle Dienststellen aufgefordert Listen zu erstellen. Am 10.08. meldet das Jugendamt 2 Frauen, deren Kindern in Heimen sind. Am 19.08. meldet die Gesundheitspolizei 4 ganz offensichtlich psychisch kranke Männer. Das Gewerbeamt meldet 1 Mann, das städtische Jugendamt 2 Frauen („geistig minderwertig“) und 1 Mann. Am 31.08. sendet die Stadt eine Liste mit 16 Personen an die Regierung von Mittelfranken. Am 20.Juni 1940 wird Georg Schneider, der 1930 aus den USA wegen seiner geistigen Behinderung ausgewiesen wurde, nachgemeldet.
- 09.11.1938 Reichspogromnacht: 132 Männer werden verhaftet, etliche nach Dachau gebracht. 5 Vorsteher der jüdischen Gemeinde werden in ein Notariatsbüro verschleppt. Sie müssen den gesamten Besitz der jüdischen Gemeinde für 100 RM an die Stadt verkaufen.
- 22.01.1941 Der Kommunist Johann Frenzel wird von Dachau nach Schloss Hartheim deportiert und dort ermordet. (Archiv KL Dachau)
- 07.10.1942 Der Fürther Walter Herz (Mitglied einer trotzkistischen Widerstandsgruppe in Berlin) wird in Hartheim ermordet.
- 08.12.1942 Der Kommunist Christian Hofmann wird in Dachau ermordet.
- 22.10.1943 Der Kommunist Max Heindl wird in Stadelheim hingerichtet.

- 23.04.1944 Der Kommunist Michael Platzer wird in Dachau ermordet.
- 18.04.1945 Fürth wird den amerikanischen Truppen übergeben. Die Stadt ist glimpflich davon gekommen, lediglich 6% der Gebäude wurden zerstört. Doch die Bilanz der Nazi-Herrschaft und die ihrer Helfer_innen aus allen Bevölkerungsgruppen ist erschreckend: 1.068 Fürther_innen jüdischer Herkunft wurden nach derzeitigem Wissensstand ermordet. (Fürther Nachrichten vom 3. Juni 2009). Allein im Konzentrationslager Dachau wurden in den Jahren 1933 – 1945 246 Fürther inhaftiert. Einige nur Wochen, viele, vor allem Kommunist_innen, lange Jahre. 16 Fürther überlebten Dachau nicht (Archiv Kl Dachau). Die Zahlen anderer Lager werden noch erforscht. Über 300 Häuser und Grundstücke wurden von den Behörden und "ehrenwerten Fürthern" ihren jüdischen Besitzern geraubt. Die Kaufsumme wurde auf Sperrkonten eingezahlt und so den Eigentümer_innen weggenommen. Bekannt ist bisher der Preis von 146 Grundstücken. Er betrug 6.318.780,66 RM, nach heutigem Wert rund 30 Mio. Euro. Mindestens 191 Betriebe, Geschäfte oder Kanzleien wurden „arisiert“, also liquidiert und ihr Inventar zu Schleuderpreisen an die "Volksgemeinschaft" verramscht.

STATIONEN DES STADTRUNDGANGS

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten damaligen Situation in Fürth, soll im Folgenden näher auf Personen eingegangen werden, die den Widerstand getragen haben. Auch Orte, die dabei eine Rolle gespielt haben wollen wir hier vorstellen.

MARKTPLATZ 1
CHRISTIAN HOFMANN
GEB. 10.12.1893 FÜRTH
GLASSCHLEIFER, KPD-MITGLIED



01.02.1924	Anzeige Sittenpolizei wegen Zusammenlebens mit Wilhelmine Fischer
05.02.1924	verurteilt zu 10 RM bzw. 4 Tage Haft wegen Konkubinat
28.10.1924	geschieden von Frau mit 3 Kindern
08.12.1929	zusammen mit Anton Hausladen in den Fürther Stadtrat gewählt
13.08.1930	Parteischule in Moskau
27.08.1930	vom Stadtrat zurückgetreten
26.09.1930	Rückkehr von der Parteischule, danach Mitglied der Bezirksleitung
11.04.1933	Schutzhaft Dachau
27.12.1933	Die Polizei zieht den Reisepass bei Babette Zuckermantel ein
27.09.1939	überführt nach Mauthausen
18.02.1940	überführt nach Dachau
02.09.1941	Schilddrüse entfernt von SS-Arzt Dr. Müllerstadt, der zu dieser Zeit „Übungsoperationen“ an gesunden Häftlingen durchführte
08.10.1942	gestorben an den Folgen der Operation, offizielle Todesursache Angina Pectoris

BABETTE ZUCKERMANTEL
 GEB. 06.10.1889 FÜRTH
 BUCHHANDLERIN

Rd. o.	N a m e		Geboren		Rel.	Beruf
	Familien	Vorname	am	zu		
1 ✓	Grabautski	Charlotte	11.1.79	Wienorienen	diss.	Näherin
2 ✓	Bensch	Martha	1.I.88	Burkau	evgl.	Landarbeiterin
3 ✓	Ruckerl	Margarete	12.11.05	Fürth	kath.	Poliererin
4 ✓	Kassebaum	Magdalene	7.2.02	Magdeburg	evgl.	Ehefrau
5 ✓	Schmitt	Barbara	21.4.11	Dampfach	kath.	Mamse
6 ✓	Zuckermantel	Babette	5.10.89	Fürth	evgl.	Hausfrau
7 ✓	Förster	Kunigunde	12.6.98	Lohhof	evgl.	Hausfrau

Auszug aus einer Liste der weiblichen Schutzhaftgefangenen.
 Quelle: ITs Arolsen. Doc. No. 3128650#1 (1.1.28.1/0016/0058)

19.10.1931	Teilnahme an der Versammlung mit Hedwig Laufer im „Golden Lamm“
24.03.1933	Haussuchung ohne Erfolg
25.06.1933	Verhaftet
22.07.1933	Schutzhaft
23.11.1933	Verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis, „Was will der NSBO“ verteilt
03.05.1934	Auf der Haft entlassen
02.04.1935	Denunziert durch ihre Cousine Betty Theis geb. Weigel
12.04.1935	Verhaftet
24.06.1935	Aus Schutzhaft entlassen
05.08.1935	Der Reichsjustizminister ordnet die Strafverfolgung an
17.10.1935	Aufgrund des „Heimtückegesetzes“ zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt
08.11.1935	Haftantritt
28.02.1936	Verlegung in die JVA Landshut
13.07.1936	Verfügung der Gestapo, sie nach Ende der Haft ins KZ Moringen zu bringen
07.11.1936	Schutzhaft
15.12.1937	Transport in das KZ Lichtenburg
30.05.1948	Kandidatur zur Stadtratswahl

Aus der Urteilsbegründung 17.10.1935 (B. Zuckermantel): „Die Angeklagte war eingetragenes Mitglied der KPD und hat sich auch nach der nationalen Erhebung durch Feilhalten kommunistischer Druckschriften betätigt und wurde hierfür bestraft. Nach wie vor verkehrt sie mit Kommunisten [...] Das Gericht ist überzeugt, dass die Angeklagte auch heute noch kommunistisch eingestellt ist [...] Als Kommunistin

war sie gegen den Staat, gegen die Partei und ihre Einrichtungen zwangsläufig feindlich eingestellt [...]. Bei der Bemessung der Strafe wurde berücksichtigt: Die Angeklagte ist eine dem nationalsozialistischen Staat feindliche und gefährliche Kommunistin [...]. Solche [...] staatsgefährdende kommunistische Wühlarbeit muss aufs Schärfste bestraft werden. Milde wäre ein falsches Mittel.“



"Ich wurde im Jahre 1869 als Sohn eines Feldwebels in der Donaukaserne zu Straubing geboren. Mein Vater kehrte mit durchschossenem Arm aus dem 70er Kriege heim und musste den Dienst quittieren. Er bekleidete dann zuerst in Straubing, hierauf in Germersheim und später in Fürth verschiedene Militäranwärterpos-

ten. So kam es, dass ich meine früheste Kindheit an der Donau, meine Jugend am Rhein, meine Flegeljahre zwischen Rednitz und Pegnitz verbrachte und mithin so ziemlich mit allen Wassern gewaschen bin. In Fürth besuchte ich mehrere Jahre die Realschule und erlernte dann die Lithographie. Mit Ausnahme von zwei Jah-

ren, die ich auswärts zubrachte, lebe ich seit dieser Zeit in Fürth. Schon in jungen Jahren nahm ich lebhaften Anteil am öffentlichen Leben. Unter dem Einfluß der Schule und der häuslichen Erziehung war ich ein glühender Patriot, aber unter dem Druck des Erwerbslebens verwandelte ich mich schon bald in einen ebenso begeisterten Anhänger der Sozialdemokratie. Die Bewegung der Unabhängigkeit zu Anfang der neunziger Jahre führte mich dann ins Lager des Anarchismus."

Briefe:

„Nicht die Nation und nicht der Kapitalismus dürfen es wagen, sich als Träger der Kultur aufzuspielen, einzig und allein ist es die werktätige Menschheit, welche wahre Kultur schaffen kann, wenn sie die Grenzen des Staates nicht mehr anerkennt, sich international solidarisch vereinigt, den Kapitalismus, diese internationale Landplage und Völkergeißel in die Versenkung verschwinden läßt [...]."

1929 in einem Brief an Erich Mühsam: Ein kritisches Resümee der Fürther Räterepublik: „Wir alle täuschten uns in der Psychologie der Massen. Wir glaubten sie fähig, sozialistisch zu denken und zu handeln. Ich glaube, ein von der Sozialdemokratie unverbildetes Volk wäre vielleicht zu besseren Resultaten gelangt. [...] Auch wir in Fürth hatten vier Tage Räterepublik. Bekannte Arbeiter fielen mir vor Freude um den Hals. ‚Kinder‘, sagte ich, wir haben bis jetzt nur den Namen, die Räterepublik müssen wir erst schaffen. Es ist nichts daraus geworden und am vierten Tage wurden die Räterepublikaner von den Sozialdemokraten überstimmt. [...] Du siehst, was in München sich zur fürchterlichen Tragödie entwickelte, ward in Fürth zur Posse“.

Fritz Örtter wurde im September 1935 mit 76 Jahren verhaftet, von der SA verhört und stirbt am 19.9.1935 an Lungenentzündung.

KÖNIGSTRASSE 26
KPD-BÜRO BIS 1933



1933 hatte die KPD in Fürth etwa 150 Mitglieder. Von 1933 bis 1936 sind 100 Verhaftungen von KPD Mitgliedern in Fürth - in fast allen Fällen mit anschließender Einlieferung in ein Konzentrationslager - nachgewiesen.

Am 9. März 1946 lautet eine Meldung in der ersten Ausgabe der Fürther Nachrichten: „Die KPD gedenkt anlässlich des Tages der Opfer des Faschismus ihrer von den Nazis ermordeten Genossen:

Max Heindl 30.7.1943 in Leipzig, Ernst Goldmann 12.4.1933 Dachau, Hans Kunze, Christian Hofmann 8.10.1942 Dachau, Rudolf Benario 12.4.1933 Dachau, Michael Platzer 23.4.1944 Dachau, Anna Platzer und Hans Kirchner. Johann Frenzel (KJVD) 21.1.1942 Hartheim, Michael Bertl (KJVD), 1935 Vach, Suizid aus Furcht vor erneuter Verhaftung, Michael Blöth 13.3.1934 Berlin (von der Gestapo zu Tode gefoltert).“

Die Zahl der im März/April

1933 in Bayern in Schutzhaft genommenen Personen (die meisten von ihnen wurden schon nach einigen Wochen oder Monaten wieder entlassen) dürfte mit 10 000 nicht zu hoch geschätzt sein. Nach einer Aufstellung des Reichsministeriums des Innern vom 31.07.1933, deren Verlässlichkeit allerdings fraglich und kaum zu überprüfen ist (sie dürfte bei den Zahlenangaben eher zu niedrig als zu hoch liegen), befanden sich damals in Bayern noch 4152 Personen in Schutzhaft. Nach einer in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 19.04.1933 veröffentlichten halbamtlichen Mitteilung sollen in Bayern schon bis zum 13.4.1933 etwa 5400 Personen als in Schutzhaft befindlich gemeldet worden sein. Die Zahl umfaßte angeblich sämtliche seit dem 09.03. inhaftierten Schutzhäftlinge. Bis zum 13.04. sollen 900 und am 13.04. circa 730 Personen entlassen worden sein.¹⁴

14 Fröhlich-Broszat, Elke und Wiesemann, Falk (2012): Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte. München/Wien. S. 208f.

BERGSTRASSE 3
DIE „BAUFELDERSCHE WIRTSCHAFT“



[...] in der Bergstr. 3, eines der Versammlungslokale der KPD in der Fürther Altstadt. Weitere waren der „Goldene Engel“ und das „Goldene Lamm“ beide in der Heiligen Strasse. Als einzige existiert noch das „Goldene Lamm“. Hier wurden Hedwig Laufer und Ernst Goldmann und am 19.10.1931 mit 28 weiteren Kommunist_innen festgenommen, weil sie eine Versammlung zur Abschaffung des §218 durchführten. Der Grund: Die KPD war in einer „Halblegalität“ in Bayern, d.h. sie war nicht verboten, durfte aber keine öffentlichen Versammlungen abhalten.

Am 10. März 1933 wird Hed, später auch ihre Mutter, verhaftet und mit weiteren KPD-Funktionären ins Fürther Gefängnis gebracht. Einige Wochen später kommt Hed ins Gefängnis in Aichach. Dort verbringt sie die Zeit von Juni bis Dezember 1933 in Isolierhaft, da sie die Aussage verweigert. Im Herbst 1934 wird sie nach Landshut verlegt. 1935 gelingt es ihr, einen Kasiber aus dem Gefängnis zu schmuggeln, um einem Genossen das Leben zu retten. Als dies verraten wird, erhält sie erneut Isolierhaft. Hed leidet

auch unter den körperlichen Folgen ihrer Inhaftierungen.

So bekommt sie Tuberkulose. Im März 1936 wird Hed mit 5 anderen Genossinnen in das Frauenkonzentrationslager in Moringen gebracht. Hier trifft sie einige ihrer bayerischen Genossinnen wieder. Diese bilden eine enge Gemeinschaft, in der sie solidarisch ihre wenigen Habseligkeiten teilen und einander unterstützen. Hed bedrückt in dieser Zeit besonders der Selbstmordversuch einer Freundin und das Leid der inhaftierten Frauen, deren Ehemänner von den Nationalsozialisten ermordet wurden.

Am 29.01.1937 wird Hed aus dem Frauenkonzentrationslager Moringen entlassen und kehrt nach Fürth zurück. Als „Zuchthäuslerin“ wird ihr vom Arbeitsamt die Zuweisung einer Arbeitsstelle verweigert. Daraufhin versucht sie sich mit Heimarbeit über Wasser zu halten. Seit ihrer Rückkehr nach Fürth wird Hed von Spitzeln überwacht und jeder Kontakt dadurch erschwert. Im Herbst 1937 wird Hed von einem der Spitzel brutal misshandelt. Kurze Zeit später verlässt sie mit Hilfe von Freunden Fürth.



ERINNERUNGEN HEDWIG LAUFER:

„[...] Im Keller des Polizeipräsidiums sperrte man mich in eine Zelle. Ich klopfte an die Nachbarzelle, um herauszufinden, wo meine Genossen untergebracht waren. [...] Ich erfuhr, dass alle Zellen mit Genossen belegt sind.

Eine weitere Verständigung war schwer möglich, weil vor den Zellen ständig Polizei patrouillierte. Unter den Bewachern befand sich ausgerechnet der berühmte 'lange schwarze Heiner'. Uns allen seit jeher als Scharfmacher bekannt, ein Nazi. Am nächsten Morgen wurden wir aus

der Zelle gelassen. Ein Rondell von laufenden Brunnlein als Waschgelegenheit. Aber keiner von uns hatte an Handtuch oder Kamm gedacht. Auf meine Frage ob derartiges zur Verfügung da wäre sagte der lange Heiner: Ihr braucht euch nicht mehr waschen oder kämmen, ihr werdet jetzt sowieso an die Wand gestellt. Das saß. Wir rechneten tatsächlich damit, denn gehört hatten wir ja von manchem Totschlag seit dem 30. Januar 1933. Wir waren die ersten Verhafteten in Fürth und hatten noch keine Erfahrung, was über uns kom-

men könnte. Es war morgens 6.00 Uhr, als man uns zum Polizeihof führte. Reils Hans, Hoffmans Christian, ein etwa 65 - 70 jähriger Gewerkschaftssekretär, der einzige Nichtkommunist [...] - da standen wir, in Erwartung des „an die Wandstellens“. Als uns der Zeiserlwagen aufnahm, und zum Katharinenkloster brachte, war unsere Anspannung gelöst. Hier im Gefängnis unter noch ziviler Bewachung fühlten wir uns vorerst sicher.

Am 20. März, also 10 Tage später, kam meine Mutter zu mir in die Zelle und zwei Wochen später kam Kuni Hausladen, die Frau des kommunistischen Stadtrates Toni Hausladen an. Wir wurden zu dritt in einer größeren Zelle untergebracht. Ich stieg täglich auf den Bett- rand hielt einen Spiegel an den oberen Fensterrand und konnte so meine Genossen während des Hofganges beobachten. Jugendliche, verheiratete Männer, Familienväter älteren Jahrgangs waren da-

bei. Täglich wurden es mehr. Durch einen Kalfaktor, der wegen eines Verkehrsdelikts ein paar Wochen seine Strafe antrat, um mit uns Verbindung auf zu nehmen, erfuhren wir immer die neuesten Zugänge. Wir erfuhren auch, daß die Gefängniszellen längst nicht mehr alle Verhafteten aufnehmen konnten und daß die Genossen in der Turnhalle bei der Feuerwache untergebracht wurden. Diese standen unter SA-Bewachung. Unter diesen befanden sich auch die Genossen Dr. Rudolf Benario und Ernst Goldmann.

Am 10. oder 11. April erfuhren wir durch unseren Kalfaktor-Genossen, daß alle Männer abgeschoben wurden und zwar nach dem damals noch unbekannten Dachau. Tags darauf schon berichtete unser Melder, daß Rudolf Benario und Ernst Goldmann in Dachau auf der „Flucht erschossen“ wurden. Das war für uns alle ein schwerer Schlag [...].“



1932	Eintritt in den KJVD
09.09.1936	Verhaftet
02.10.1936	U-Haft in Nürnberg
05.08.1937	OLG München angeklagt wegen Hochverrats (Geldsammlung Rote Hilfe)
1937-1938	JVA Lichtenau Haft
26.03.1938	Dachau eingeliefert
27.09.1939	Mauthausen, überführt von Dachau
09.11.1939	Dachau, zurückgeführt von Mauthausen
22.01.1942	Schloß Hartheim, von Dachau überführt und ermordet

Im Januar 1942 begannen die sogenannten Invalidentransport von Dachau nach Schloss Hartheim bei Wien. Arbeitsunfähige und kranke Häftlinge wurden dort im Rahme des Euthanasieprogramms ermordet.

Es gibt einen Bericht über die näheren Umstände der Ermordung von Johann Frenzel:

„Ein Einzelfall beschäftigte insbesondere die Genossen aus Nürnberg und Fürth. Im Rahmen eines Prozesses, der 1937 gegen Fürther Genossinnen und Genossen vor dem Münchner Obersten Landesgericht stattgefunden hatte, war als jüngster, im Jahr 1913 geborenen der Genosse Hans Frenzl zur Verurteilung gekommen. Nach Strafverbüßung im Jugendgefängnis Lichtenau war er nach Dachau überstellt worden. Ein Gehfehler, durch einen angeborenen kürzeren Fuß verursacht, behinderte ihn zwar nicht, gefährdete ihn

aber jetzt bei den Aussonderungen. Er wurde deshalb, wie schon andere vor oder später nach ihm, von den Genossen ins Revier verlegt. Bevor er schließlich im Januar mit einem Transport abging, schilderte er einen Zwischenfall mit Kapp, dem Lagerältesten, der sich kurze Zeit vorher abgespielt hatte. Kapp hatte ihn wegen eines geringfügigen Anlasses zurechtgewiesen; Hans hatte ihm darauf eine unbedachte, schnippische Antwort gegeben; es konnte seiner Jugend zugerechnet werden. Kapp nahm in der Schreibstube die Liste an sich und setzte Hans Frenzl dazu. Daraufhin wurde sein Name von Kameraden in der Schreibstube wieder von der Liste entfernt, worauf Kapp ihn erneut darauf setzte. Die in der Schreibstube Arbeitenden konnten Weiteres nicht mehr unternehmen, nachdem Kapp die Liste dem Rapportführer übergeben hatte. Hans Frenzl ging mit einem der Todestransporte ab.“^{15,16}

15 Göhring, Ludwig (1999): Dachau, Flossenbürg, Neuengamme. München. S. 280.

16 Zámeènik, Stanislav (Hrsg.: Comité international de Dachau - 2002): Das war Dachau. Luxemburg. S. 154.

EXKURS: DER WIDERSTAND DER KPD VON 1935-1936

Von September bis Oktober 1935 und 7. März bis 9. September 1936 verhaftete die Gestapo in Fürth 22 Frauen und Männer. Sie hatten eine Widerstandsgruppe gebildet, die politische Gefangene und deren Familien unterstützte und mit Flugblättern und Zeitschriften den Kampf gegen die Nazis aufnahm. Obwohl einige von ihnen, die schon einmal, 1933, in die Hände der Nazis geraten waren, wussten was ihnen bei einer erneuten Festnahme bevorstehen würde, zögerten sie keinen Moment, von Neuem den Kampf gegen die braunen Horden aufzunehmen. Die Schicksale Kunigunde Hausladens, Leonard Arnodts, Willi Schusters und Ernst Ruffs und der Mord an Johann Frenzel¹⁷ belegen,

wie die Nationalsozialist_innen mit jenen verfahren, die es, unbeirrt von Drohungen, Misshandlungen, wagten, Verbrechen auch Verbrechen zu nennen. Am 28. April 1936 und am 5. August 1937 begannen beim Oberlandesgericht in München die Prozesse wegen der „Vorbereitung zum Hochverrat“ gegen 22 Fürther.¹⁸ Neben den Verhafteten wurden Wilhelm Schuster (KJVD) und Max Flemmig (KPD), die seit April 1934 und seit Mai 1935 in Dachau eingesperrt waren, angeklagt.¹⁹ Das Verfahren gegen den 17-jährigen Georg Hausladen²⁰ wurde abgetrennt. In den Anklageschriften wurden akribisch die „Verbrechen“ der Beschuldigten genannt: "Geldsammlungen für die Unterstützung der meist

17 s.a. Einzelbiographie Johann Frenzel (S.34f.)

18 OLG München. AZ.: I 4 OJS 146/1935

19 OLG München AZ.: I 4 OJS 77, 133/1936

20 s.a. Einzelbiographie Georg Hausladen (S. 42f.)

völlig verarmten Familien der in Dachau und anderen Lagern Eingesperrten, die Verteilung der 'Roten Fahne'." Als besonders schwerwiegend sahen die Nazi-Jurist_innen „[...] die Unterstützung politischer Gefangener und ihrer Angehörigen [...] ist daher besonders geeignet, die kommunistische Massenwerbung auf möglichst breite Grundlage zu stellen. Eine der wichtigsten Aufgaben der illegalen ‚Roten Hilfe‘ ist daher die Verwirklichung einer Einheitsfront [...]“²¹

Wenige Wochen nach den Massenverhaftungen im Frühjahr 1933 kontaktierte ein Mitglied der illegalen Bezirksleitung des KJVD Willi Schuster, um den Neuaufbau des kommunistischen Jugendverbandes in Fürth in Fünfergruppen zu organisieren und aus dem Ausland eingeschleuste Zeitschriften zu verteilen. Im Juni 1933 begannen Johann Frenzel und Willi Schuster die „AIZ“ (Arbeiter Illustrierte Zeitung) an bekannte Genoss_innen zu verbreiten. Leonard Arnodt stieß wenig später zu Gruppe, die sich regelmäßig 14-tägig traf. Im Juli wurden Andreas Stahl (KPD), Karl Segitz (bis 1930 in der SPD) und Max Flemmig (bis 1930 in der KPD) für die Mitarbeit gewon-

nen, ebenso Georg Ebert (KPD) und Michael Wedel (KPD). Sie gaben die „Rote Fahne“, die „AIZ“ und die „Junge Garde“ an Freund_innen und mögliche Unterstützer_innen weiter. Zur Zahl der verbreiteten Exemplare gibt es den Vermerk in der Anklageschrift: „[...] er (Arnodt) erhielt von Schuster mindestens dreimal 20-25 illegale Zeitungen [...]“²²

Willi Schuster wurde schon am 13. September 1933 verhaftet. Nach einer Haftstrafe von 6 Monaten wurde er nach jahrelanger Quälerei in Dachau im März 1944 zum Strafbatalion 999 gezwungen. Er lief im Frühjahr 1945 zur Roten Armee über. Auch Friedrich Knorr (SAJ) und Michael Bertl (KJVD) aus Vach hatten Kontakt zur Gruppe. Michael Bertl war schon im März 1933 mit 34 weiteren Vachern verhaftet worden und bis Mai 1933 in Haft. In einem Prozess, in dem er wegen der „Gründung einer kommunistischen Vereinigung“ angeklagt war, war er aber mangels Beweises freigesprochen worden. Nach seiner Entlassung lieferte er illegale Schriften an die Fürther Gruppe. Weil ihm eine erneute Verhaftung drohte, beging er am 26. Dezember 1935 Selbstmord.²³

21 OLG München. AZ.: I 4 OJS 146/1935 (S. 38)

22 OLG München AZ.: I 4 OJS 77, 136/36 (S. 36)

23 Aussagen der ehemaligen Vacher KPD-Mitglieder Andreas und Karl Pfann im August 2012

Mitte Juni 1935 kam ein Kurier der "Roten Hilfe" aus Zürich zu Kunigunde und Georg Hausladen.²⁴ Dem unter dem Decknamen „Theo“ agierenden Spitzel Max Troll gelang es in die Fürther Gruppe einzudringen. Die Kontakte Trolls zur Gestapo konnten durch die Zentrale der „Roten Hilfe“ in Zürich erst viel später aufgedeckt werden.

Die ersten Opfer des Spitzels waren Georg Koch, Georg Seitz und Johann Schneider. Zum zweiten Mal verhaftet, wurden sie in einem Prozess vor dem Oberlandesgericht München am 28. April 1936 zu langen Haftstrafen verurteilt.²⁵

Georg Seitz, seit 1920 in der KPD, war verantwortlicher Redakteur der KPD-Zeitung „Das Rote Signal“ und Vorsitzender der Erwerbslosenkommission in Fürth. Im „Roten Signal“ hatte er 1932 vier Nazi-Volksschullehrer wegen der Misshandlung ihrer Schüler öffentlich angeklagt. Er wurde am 10. April 1933 verhaftet. Die Prügel-Lehrer rächten sich. Das Fürther Amtsgericht verurteilte Georg Seitz am 19. September 1933 zu 4 Monaten Gefängnis wegen der „Beleidigung städtischer Beamter.“ Bis zum 16. Oktober 1933 blieb er in Dachau und

wurde dort noch einmal, vom 17. Februar bis zum 30. April 1934, eingesperrt. Nach seiner Entlassung beteiligte er sich am Widerstand und gab Flugblätter und KPD-Zeitungen weiter. Die Gestapo verhaftete ihn am 8. September 1935. Vom Oberlandesgericht in München wurde er im April 1936 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. „[...] Seitz betrieb außerdem in seinem Bekanntenkreis [...] Propaganda für die Ziele der KPD. Die sämtlichen Angeeschuldigten handelten planmäßig und in der Absicht durch ihre Tätigkeit eine revolutionäre Stimmung zu erzeugen [...].“²⁶ Nach der Zuchthaushaft wurde Georg Seitz 1940 zunächst in das KZ Sachsenhausen und dann Dachau gesperrt. In Dachau befreiten ihn amerikanische Truppen am 29. April 1945. Walburga und Julius Müller, beide waren vor 1933 Mitglieder der SPD, brachten mit Georg Hausladen illegale Flugblätter zu einem Kontaktmann auf dem Nürnberger Volksfest und klebten in der Fürther Hindenburgstraße (heute Rudolf Breitscheid Straße) und im Stadtpark Zettel mit Solidaritäts- und Widerstandsaufrufen der „Roten Hilfe“. Georg Hausladen gelang es auch Max

24 OLG München.
AZ.: I 4 OJS 77
133/1936 (S. 36)

25 Überstellungslis-
ten der Polizeidirek-
tion Nürnberg-Fürth
von Fürther Kom-
munist_innen
nach Dachau vom
11.4.1933 (ITS
Arolsen Doc No.
9908842#1, Häft-
lingsarchiv Dachau
und OLG München
Anklageschrift I 4
OJS 146/1935 vom
1.2.1936)

26 OLG München
AZ.: I 4 OJS 77,
133/1936 (S. 2)

Pröll, ein früheres Mitglied des „Arbeiterad- und Kraftfahrerbandes Solidarität“, für die Gruppe zu gewinnen.

Mit Leonard Arnodt, der seit Frühjahr 1935 bei den „Faun-Werken“ in Nürnberg beschäftigt war, gelang es, den Wirkungsbereich der Gruppe weiter auszubauen. Arnodt gewann seinen Nürnberger Arbeitskollegen, das ehemalige Reichsbannermitglied Johann Berthold, Ferdinand Kornberger (bis 1930 in der KPD), und dessen Schwiegersohn Georg Voit (seit 1931 in der SAP) aus Fürth für die Mitarbeit. In der Anklageschrift wird die Verbreitung von kommunistischen Zeitungen in der Königstraße, der Mathilden- und Theaterstraße in Fürth vermerkt.²⁷

Am 18. Oktober 1935 kam Georg Hausladen der drohenden Verhaftung zuvor und konnte über München in die Schweiz flüchten.

In den folgenden Wochen und Monaten wurden Zeitungen in der Fürther Mathilden- und Karolinenstraße verbreitet und Unterstützungsgelder an die Ehefrauen der in Dachau inhaftierten Genoss_innen

ausgezahlt. Darunter Margarete Seitz, Margarete Frank, Katharina Reitzhammer, Babette Schuster, Maria Egersdörfer, Kunigunde Hausladen und Anna Koch. Katharina Reitzhammer konnte zu dieser Zeit auch Ernst Ruff (KPD) für die Mitarbeit gewinnen. Leonard Arnodt traf zwischen Dezember 1935 bis Anfang 1936 die Vorbereitungen für die Herstellung von Flugblättern in Fürth. Entsprechende Notizen wurden bei seiner Verhaftung und Haussuchungen in der Wohnung und an der Arbeitsstelle gefunden. Noch bis April 1936 gab es regelmäßige Treffen zwischen Julius Müller, Ernst Ruff, Georg Voit, Franz Schmidtman, Michael Wedel und Leonard Arnodt bei denen weitere Aktionen vorbereitet wurden. Vom 7. März bis zum 9. September 1936 verhaftete die Gestapo alle noch aktiven Mitglieder der Gruppe.

Der Spitzel Max Troll wurde 1948 zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und nach vier Jahren begnadigt. Ein weiteres Ermittlungsverfahren 1950 in München gegen ihn wurde eingestellt.²⁸

27 OLG München
AZ.: I 4 OJS 77,
133/1936 (S. 48)

28 Mehringer, Hartmut (1983): Die KPD in Bayern. In: Bayern in der NS-Zeit. Bd. 5. München. S. 156ff.

Name	Vorname	Organisation	verhaftet
Flemmig	Max	KPD, RFB	31.01.1934
Schuster	Wilhelm	KPD	18.04.1934
Wedel	Michael	KPD	07.03.1936
Müller	Walburga	SPD	24.03.1936
Hausladen	Kunigunde	KPD	25.03.1936
Müller	Julius	SPD, Rote Hilfe	25.03.1936
Arnoldt	Leonard	KPD	07.05.1936
Pröll	Georg	Arbeiterrad- und Kraftfahrerbund	07.05.1936
Reitzhammer	Katharina	KPD	07.05.1936
Ruff	Ernst	KPD, RGO	07.05.1936
Berthold	Johann	SPD	08.05.1936
Voit	Georg	KPD	12.05.1936
Ebert	Georg	KPD	19.05.1936
Kornberger	Ferdinand	KPD	19.05.1936
Schmidtman	Franz	KPD, RGO	23.05.1936
Knorr	Friedrich	SAJ	19.08.1936
Stahl	Andreas	KPD	19.08.1936
Segritz	Karl	KPD	27.08.1936
Frenzel	Johann	KPD	09.09.1936

SCHICKSAL DER IM PROZESS AM 5. AUGUST 1937 VERURTEILTEN

Haft/Lager

Bis 1938 in Dachau

Bis 1944 Flössenbürg, dann Strafbatallion 999

2 ½ Jahre Gefängnis

4 Jahre Zuchthaus

Bis 1945 im KZ und Zwangsarbeit

10 Jahre Zuchthaus

Bis 1945 in Dachau

3 ½ Jahre Zuchthaus

2 ½ Jahre Gefängnis

Bis 1945 in Dachau

2 Jahre Gefängnis, 1941 in Mauthausen gestorben

2 ½ Jahre Gefängnis

2 Jahre Zuchthaus

Bis 1943 in Dachau

6 Monate Gefängnis

U-Haft, Strafmass ungekannt

Bis 1941 in Dachau

1 Jahr U-Haft, Strafmass unbekannt

1942 in Hartheim ermordet

GEORG HAUSLADEN

GEB. 07.12.1918

SCHÜLER, KJVD- UND KPD-MITGLIED



Georg Hausladen war 17 Jahre alt, als am 20. April 1933 sein Vater Anton und nur 2 Tage später seine Mutter verhaftet wurden. Bis zum Juni, der Ent-

lassung seiner Mutter, lebte der Oberrealschüler allein im elterlichen Haus in der Kronacher Straße. In dieser Zeit sei er, so erinnerte er sich, da er

völlig mittellos gewesen sei, von Nachbarn mit Lebensmitteln unterstützt worden.

Mitte Juni 1935 schloss er sich, erst 19-jährig, einer Fürther Widerstandsgruppe an, in der er eine wichtige Rolle übernahm. Er besorgte Flugblätter und Zeitschriften und knüpfte Kontakte zu anderen KPD-Mitgliedern, um sie auch für den Widerstand gegen die Nationalsozialist_innen zu gewinnen.²⁹

Unmittelbar vor seiner drohenden Verhaftung konnte er am 19. Oktober 1935 zunächst nach München und am 9. November weiter nach Zürich fliehen. Eigentlich, so erinnerte sich Georg Hausladen, sollte er in die Emigration nach Moskau in Sicherheit gebracht werden. In einem Brief an das Landesentschädigungsamt in München, schildert Georg Hausladen 1958 seine Erlebnisse:

„Am 9. November 1935 musste ich in die Schweiz emigrieren, um mich einer Verhaftung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu entziehen. In der Schweiz war für Emigranten Arbeitsverbot. Am 10.1.37 emigrierte ich weiter nach Spanien, wo ich der internationalen Brigade angehörte. Durch die Kriegseignis-

se in Spanien musste ich am 19.2.1939 erneut, diesmal nach Frankreich emigrieren. Dort war ich bis 20.4.41 in den Lagern Gurs und Verriet inhaftiert. Am 21.4.41 wurde ich mit einem größeren Transport aus dem Lager Vernet an die Gestapo übergeben. Vom 21.4.1941 bis 25.4.1944 saß ich durch Verurteilung wegen ‚Vorbereitung zum Hochverrat‘ in den Gefängnissen Karlsruhe, Fürth, Nürnberg, München und Landsberg/Lech.³⁰

Vom 1. bis 18.03.1944 war ich zum Bataillon 999³¹ Baumholder eingezogen und von dort auf Anweisung der Gestapo wieder ausgestoßen, um nach Gießhübl-Sauerbrunn bei Karlsbad in den dortigen SS-Betrieb zwangsverschickt zu werden. Dort war ich bis zu meiner Rückkehr an meinen Wohnsitz in Fürth/Bay am 13.6.1945[...].“³²

Nach Gießhübl-Sauerbrunn waren auch seine Eltern Kuni-gunde und Anton Hausladen nach ihrer Entlassung aus den Konzentrationslagern Ravensbrück und Dachau zur Zwangsarbeit geschickt worden. Die Reichsregierung hatte Georg Hausladen, wie die meisten Emigranten, am 20. Juli 1940 ausgebürgert.

29 OLG München. AZ.: I 4 OJS 77, 133/1936

30 OLG München. AZ.: I 4 OJS 83/1941

31 In der Strafdi-
vision 999 sollten die
bisher vom Dienst
in der Wehrmacht
ausgeschlossenen
„bedingt Wehrunwür-
digen“ zum Dienst
herangezogen wer-
den. Von dieser
Änderung waren in
den Konzentrations-
lagern eingesperrte
Nazigegner betrof-
fen.

32 Hausladen, Georg
(5.3.1958): Schrei-
ben an das Landes-
entschädigungsamt
Bayern.



1933 hatte die SPD ca. 4000 Mitglieder in Fürth, am 5.3.1933 33,5 % der Stimmen.

Die Vorgänge schildert Konrad Grünbaum:

„Die Männer des Reichsbanners standen überall bereit, den Kampf um die Freiheit aufzunehmen, jedoch die Verantwortlichen schreckten vor den Opfern, die ein solcher Kampf kosten würde, zurück, und sie sahen die Auseinandersetzung als aussichtslos an.

In Fürth besetzte die erste Schufoabteilung (Schutzformation) des Reichsbanners, die aus jungen, im Judo ausgebildete Männer bestand, das Gewerkschaftshaus in der Hirschenstraße. Dazu kamen viele Arbeiter zum Gewerkschaftshaus, um ihr ‚Heim‘ zu verteidigen. [...] Der Arbeitersekretär und Stadtrat Hans Sperber war um 11.30 Uhr gekommen und hatte erklärt, daß jeder Widerstand gegen die Nazis sinnlos wäre und nur unnötige Opfer bedeute. Voller Enttäuschung hatte die Reichsbannerschutzformation dann das Gewerkschaftshaus geräumt.

Am nächsten Tag wurden die maßgebenden Funktionäre

der Arbeiterbewegung und des Reichsbanners in Fürth verhaftet, u.a. der Landtagsabgeordnete Konrad Eberhard und die Stadträte Hans Sperber, Hans Teichmann, Hans Segitz, Georg Pförtner, Schultheiß, Bauermann, Hans Rupprecht, Hans Riedel, Fritz Kuntermann. Ebenso wurden verhaftet: der Gewerkschaftssekretär Angler, Georg Franz, Peter Kleemann, Hans Höllenreiner, Hagenauer, Ernst Schneider, Emil Herber, und der Redakteur der Tagespost, Emil Zöllner. Auch Hugo Frey wurde inhaftiert.

Die illegale Arbeit begann. Trotz Verbots fanden an der Kröller'schen Fabrik (Leimsud) unter meiner Führung die Zusammenkünfte statt. Wir beschlossen, der Ringerabteilung des ASV als Judoabteilung beizutreten, um den organisierten Zusammenhang aufrechtzuerhalten. Eine zweite illegale Gruppe bildete sich ebenfalls unter meiner Teilnahme aus Funktionären der sozialistischen Arbeiterjugend, der Kinderfreunde und der Jungsozialisten. Mitglieder waren u. a. Hermann Landleiter, Emil Hüls, Karl Hüls, Fritz Schneider, Otto Hasselbacher und Willi Adler. Die Verbindung zum Reichs-

33 Woller, Hans (1986): Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. München. S. 178f.

banner, zur SPD und zu den Naturfreundekreisen hielt ich aufrecht. [...] Im Juni 1933 wurde Emil Hüls verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert. Die Verhaftung erfolgte im Zuge einer allgemeinen Aktion gegen Gewerkschafter und Sozialdemokraten und weitere SPD-Genossen wurden nach Dachau gebracht: Sperber, Segitz, Kleemann, Frey, Weigel, Riedel, Hans Rupprecht, Pförtner, Franz, Höllenreiner, Schultheiß, Bauermann, Otto und Hans Fischer [...].

Am 14.11.1933 erfolgte meine Verhaftung. [...] Da man bei mir illegales Material gefunden hatte, wurde ich vom Sondergericht in Nürnberg zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Strafverbüßung kam ich nochmals für drei Jahre ins Konzentrationslager Dachau.

Hans Teichmann war von 1919 bis 1925 Vorsitzender des

SPD-Kreisverbandes und später Vorsitzender des Reichsbanners. Als Direktor einer Blattmetallfirma hatte sich der passionierte Jäger im Westen von Fürth ein Jagdrevier leisten können, auf dem er häufig Ärzte, Richter, Anwälte und höhere Verwaltungsbeamte zu Gast hatte, die - allesamt PG's - ihrerseits später dafür sorgten, daß Teichmann in der NS-Zeit unbehelligt blieb. Und warum, so fragten sich einige, war seine Tochter 1933 so problemlos im Büro der Firma „Quelle“ des späteren NS-Ratsherrn Gustav Schickedanz untergekommen. Dem kommissarischen Oberbürgermeister Hans Schmidt vergaß man nicht, daß er sich 1933 geweigert hatte, der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion anzugehören, die sich nach der Märzwahl neu bildete. Als Feigheit war ihm das damals vor allem von den jüngeren Genossen ausgelegt worden."³³



Konrad Grünbaum

BLUMENSTRASSE 3
FRITZ SAUBER
GEB. 20.08.1884
USPD UND KPD-MITGLIED



1911-1933	Geschäftsführer des Gastwirtsgehilfenverbands, später des Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in Nürnberg, München und Frankfurt am Main
1917	Mitglied der USPD
Dez. 1918	1. Vorsitzender des Münchener Soldatenrats, Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats Bayern; Vorsitzender des Aktionsausschusses des provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats
1918-1919	Mitglied des provisorischen Nationalrats (als Vertreter des Landessoldatenrats, Standort München)
Dez. 1918	Delegierter zum 1. Reichsrätekongress in Berlin
21.02.1919- 07.03.1919	Mitglied des Zentralrats als Vertreter der Soldatenräte; Mitglied des Aktionsausschusses des Rätekongresses als Vertreter des Landessoldatenrats Aufgrund seines aktiven Eintretens für die Räterepublik zu zwölf Jahren Festungshaft verurteilt, bis zur Amnestierung 1925 Haft in Niederschönfeld
1920	Trotz Haft, Wahl in den Bayerischen Landtag auf der Liste der USPD, später Übertritt zur VKPD
Ab 1925	Als Gewerkschaftssekretär in Frankfurt am Main
1933	Ins Saargebiet emigriert, im Juli 1935 nach Frankreich
1941	Von den Franzosen im besetzten Gebiet verhaftet und an die Gestapo überstellt, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt
1945	Schwer krank aus dem KZ Dachau befreit
Nach 1945	Aufbau der KPD in Fürth
1949	In Frankfurt am Main an den Haftfolgen verstorben

1945 war Fritz Sauber von der amerikanischen Militärverwaltung als Vorsitzender einer Kommission, die für die Versorgung der entlassenen KZ Häftlinge zuständig war, eingesetzt worden. Er vertrat die Position, das vor allem anderen die Entlassenen mit Nahrung Kleidung und Wohnungen zu versorgen seien und alte Nazis und Mitläufer_innen zurückzustehen hätten.

1946 kandidiert Fritz Sauber als Vorsitzender der Spruchkammer I in Fürth. Er hatte wiederholt die „Großzügigkeit“ bei der sogenannten Entnazifizierung scharf kritisiert, vor allem die Versuche der Stadtverwaltung, alte Nazis wieder einzustellen.

Beides führte zu scharfen Konflikten mit dem SPD Bürgermeister Hans Schmidt, den die Militärregierung am 1.10.45 für den als Nazi belasteten Adolf Schwiening, eingesetzt hatte. Doch Schmidt hatte schon 1933 seinen Burg-

frieden mit den Nationalsozialisten geschlossen. Er war im März 1933 freiwillig zurückgetreten und kandidierte auch nicht zu den letzten Kommunalwahlen am 5.3.1933. Dafür wurde er von OB Jakob mit einer Pension belohnt und durfte bis 1935 Vorsitzender der AOK bleiben. Die beschließt u.a. ab September 1933 keine Patienten mehr ins jüdische Krankenhaus zu überweisen, bzw. deren Aufenthalt nicht zu bezahlen.

Schmidt und die SPD starten unter der Losung „Der Sauber ist nicht ganz sauber“, mit Diffamierungen, Anschwärmungen und Verleumdungen bei den Militärbehörden eine Kampagne, um den Kommunisten Sauber als Spruchkammervorsitzenden zu verhindern. Sie verzichten auf eine eigene Kandidatur und hieven so den CSU Kandidaten und ehemaligen Amtsgerichtsdirektor das NSDAP Mitglied Karl Drechsel in das Amt.



Ludwig Scharnagel: „Am Tag meiner Einweisung wurden aus dem Block II/1, dem ich zugeteilt war, die Juden Benario, Kahn I, Kahn II und Goldmann durch den SS-Mann Steinbrenner [...] geholt. Die vier [...] mußten den vor dem

Block befindlichen Müllkasten leeren. Dabei wurden sie von Steinbrenner, der die Aufsicht über die Arbeit führte, fürchterlich mit dem Ochsenzieher geschlagen. Steinbrenner schlug hierbei wahllos auf die Juden ein [...]. Ich arbeitete

dann mit den vier vorgenannten Personen zusammen und erhielt auch mit ihnen Schläge durch Steinbrenner und andere SS-Leute. Während dieser Zeit habe ich dann beobachtet, wie Steinbrenner solange schlug, bis sie zusammenbrachen. Die Juden bluteten aus Mund, Nase und anderen Körperteilen [...].“

Am Abend des nächsten Tages holt Steinbrenner die vier jüdischen Häftlinge und bringt sie zum Schießplatz in einen

nahe gelegenen Wald. Dort nehmen sie die SS-Männer Hans Brunner, Max Schmidt und Robert Erpsenmüller in Empfang, führen sie tiefer in den Wald und eröffnen aus ihren Pistolen das Feuer. Benario, Goldmann und Arthur Kahn sterben an Ort und Stelle. Erwin Kahn überlebt den Anschlag und wird mit lebensgefährlichen Verletzungen in ein Münchner Krankenhaus gebracht. Dort erliegt er vier Tage später seinen Verletzungen.

28.11.1938	Der Vorsitzende des Industrie und Handelsgremiums Fürth, Stefan Winter schlägt als Abwickler des Einzelhandelsgeschäftes von Siegfried Goldmann den Makler Heinrich Pfarrer vor.
5.1.1939	Kaufvertrag mit Xaver Stolk (NSDAP Stadtrat Herzogenaurach) für Schuhgeschäft, Schwabacher Str. 36
09.1.1939	Abschlussbericht von Pfarrer an Stefan Winter: Kaufpreis 4000 RM. Davon wird die Judenvermögensabgabe, Vertragsstempelsteuer und seine Provision abgezogen. Den Rest behält der Pfarrer „zu treuen Händen“. Anlage: Der Wert der Waren und der Ladeneinrichtung wird auf 11.951 RM geschätzt. Auskunft des Finanzamtes: Goldmann hat seine Steuern bezahlt. „Seiner Auswanderung wird nichts mehr im Wege stehen.“

13.1.1939	Pfarrer überweist den Rest von 995 RM an die Bank der „Deutschen Arbeit“. Der Kaufpreis betrug 4.000 RM. Davon wurden die Judenvermögensabgabe mit 2.700 RM, die Vertragsstempelsteuer mit 35 RM, die Provision für Pfarrer 250 RM und die Umsatzsteuer mit 20 RM abgezogen.
15.2.1939	Pfarrer an Stadtrat Dr. Zeitler: „[...] Das Geschäft zur Weiterführung war unserer alten Parteigenossin mit goldenen Ehrenzeichen, Kenner, vermahnt, jedoch hat sie sich in letzter Stunde eines anderen besonnen, daher war ich froh, [...] dass ich den Käufer noch gehabt habe um den Juden zu erledigen.“
24.10.1941	Die Goldmanns stellen einen erneuten Auswanderungsantrag (den dritten) nach Cuba bzw. in die USA.
29.12.1941	Erklärung der Polizei: „Der Reichführer SS [...] hat laut Erlass vom 23.10.1941 angeordnet, dass die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern ist. Die Auswanderung des Siegfried Israel Goldmann ist daher nicht mehr möglich.“
22.3.1942	Siegfried und Meta Goldmann werden nach Izbica in Polen deportiert und ermordet.
08.7.1942	Für den Verkauf ihres zurückgelassenen Eigentums an die "toleranten Fürther" überweist die Stadtkasse am 128,50 RM an das Finanzamt.

BAHNHOFSTRASSE 2
DR. ALBERT ROSENFELDER
GEB. 19.01.1892
SPD-MITGLIED



Albert Rosenfelder war Absolvent des Heinrich-Schliemann-Gymnasiums bevor er Jura studierte. Er schloss sein Studium 1913 an der Universität Erlangen ab. Anschließend ließ Rosenfelder sich als Rechtsanwalt in Nürnberg nieder, wo er zusammen mit seinem Kollegen, dem bayerischen Landtagsabgeordneten für Nürnberg, Max Süßheim (1875–1933), eine Kanzlei eröffnete. Privat lebte Rosenfelder am Jakobsplatz 14 in Nürnberg. Rosenfelder war in der SPD, als Anwalt für die Rote Hilfe tätig und genoss hohes Ansehen aufgrund seiner Bildung und seines Rednertalentes, vor allem aber aufgrund seiner Gewohnheit, arme Personen, die Rechtsbeistand benötigten, kostenfrei zu vertreten. Am 13. April wurde er in das kurz zuvor eröffnete KZ Dachau überführt, wo er in der so genannten „Judenbaracke“ untergebracht wurde. Dort war Rosenfelder mehreren Zeugnissen zufolge schweren Misshandlungen ausgesetzt. Im Sommer 1933 wurde Rosenfelder in den Bunker von Dachau

gesperrt, nachdem er und die Schutzhäftlinge Johann Altmann, Delvin Katz und Willi Franz bei dem Versuch erwischt worden waren, Kassiber mit Aufzeichnungen über die Ereignisse im Lager und zumal über die Misshandlung von Gefangenen, die sie in eine Mütze eingenäht hatten, aus dem Lager zu schmuggeln. Als der Kommandant von Dachau, Theodor Eicke, am 22. Oktober 1933 2500 Gefangene antreten ließ, um sich über die „Schurken“ auszulassen, die im Ausland „Greulnachrichten“ über sein Lager verbreiten würden, erwähnte er explizit Altmann, Katz, Franz und Rosenfelder und ihren „Sabotageversuch“. Er führte aus, dass die vier Übeltäter in Arrest genommen seien und erklärte: „Zwei der verhafteten Verräter sind bereits ins jenseits befördert. Der Jude Doktor Katz und sein Helfer Willi Franz. Wir haben noch genug deutsche Eichen um jeden daran aufzuhängen, der sich uns entgegenstellt. Es gibt keine Greuel, und es gibt keinen Tschekakeller in Dachau.“

Verhaftet 1933

Deportationsziel: Dachau, Buchenwald

Sterbedatum: 21.07.1941

Dr. Kurt Königsberger studierte in Berlin und München Nationalökonomie Immobilienfach und war dann Direktions-Sekretär bei Rudolf Mosse in Berlin. Bis 1913 war er Schweizer Staatsbürger mit Heimatrecht in Günzberg, Kanton Solothurn. 1912 beantragte und erhielt er das Heimatrecht in Fürth, damals

wohnte er, noch ledig, hier in der Bahnhofstr. 9. Die Wohnung gehörte ihm und seiner Schwester Erna noch 1935. Dr. Königsberger war im 1. Weltkrieg Freiwilliger der Infanterie und wurde mehrmals ausgezeichnet und als Leutnant der Reserve entlassen. Von der Regierung Eisner soll er als Kriegsminister berufen und einige Tage oder Wochen als solcher fungiert haben. Nach anderer Version hatte er ein leitendes Amt im Staatssekretariat für Demobilmachung

inne. Spindler schreibt dazu: „Auf die führungslosen vagabundierenden Soldaten war keinerlei Verlaß. So war ein erfolgreicher Abschluss der Revolutionsnacht, als gegen 2 Uhr morgens ein Leutnant der Reserve Kurt Königsberger sich bei Eisner meldete; als überzeugter Anhänger der Revolution stellte dieser seine in Schleißheim stehende Artillerie-Abteilung zur Verfügung.“ Und weiter: „Am 13. November wurde öffentlich durch den neuen Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Rosshaupter, bekanntgegeben, dass Leutnant Königsberger seine Pflicht, die Ordnung wiederherzustellen, erfüllt und als Oberkommandeur der Armee den Abschied genommen habe. Die ihm erteilten Vollmachten seien auf das Ministerium übergegangen.“

1925 meldete Dr. Königsberger sich nach Berlin-Wilmersdorf ab. Er war einer der Ersten, die 1933 nach Dachau kamen. Bevor er am 20.11.1936 erneut in „Schutzhaft“ ins KZ Dachau gebracht wurde, unterstützte er

seine geschiedene Ehefrau Elli, geb. Dittmann, seine Töchter Jolanda (geb. 6.12.1924) und Helga (geb. 11.03.1936) sowie seine Schwester Erna. Dr. Königsberger wollte nach Kolumbien auswandern, aber die Gestapo verweigerte ihm „wegen seiner politischen Vergangenheit“ das Führungszeugnis mit der Bestätigung, dass er in den letzten fünf Jahren nicht wegen politischer Vergehen angeklagt war. Im Februar 1938 bestand „keine Aussicht, dass Juden z.Z. aus Dachau entlassen werden“, auch bis 29.08.1938 war keine Entlassung in Aussicht.

Im April 1939 teilte Dr. Königsberger dem Standesamt Fürth aus Buchenwald mit, dass „ich laut Nürnberger Gesetz Jude bin, den zusätzlichen Vornamen Israel führe“. Er starb in Pirna-Sonnenstein, das vermutlich als Weimar II bezeichnet wurde. Auch seine Schwester Erna wurde ein Opfer der Shoah. Ihr Haus in der Bahnhofstrasse 9 wurde „ariert“ und 1941 als sogenanntes ‚Judenhaus‘ genutzt.

Michael Blöth
GEB. 05.08.1906
SCHREINER; KPD-MITGLIED



Michael Blöth wurde am 5. August 1906 als siebentes Kind in einer Proletarierfamilie in Fürth geboren, die politisch sehr aktiv war. Der Vater, Johann Blöth war Glaspolierer, Sozialdemokrat und bei seinem Tode Gewerkschaftsangestellter des Glasarbeiterverbandes, der größten Einzelgewerkschaft in Fürth. Ab dem 2. September 1912 besuchte Michael die Volksschule. Anschließend begann er eine Lehre als Schreiner. 1925 verstarb sein Vater und 1927 seine Mutter. 1925 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD). Dort lernte er seine spätere Frau Wally Köhlein aus Nürnberg kennen. Im März 1928 kam das erste Kind, Stephan, zur Welt. Michael und seine Frau wurden 1929 Mitglied der KPD. Während seine Frau in der Kinderbewegung tätig war, arbeitet Michael im Stadtbezirk Nürnberg-Gostenhof. Am 20. November 1931 kam das zweite Kind, Heinz zur Welt. Einige Tage vor der Geburt wurde Blöth verhaftet und in das U-Gefängnis einge-

liefert, aber am Tag der Geburt seines Sohnes entlassen. Seit Herbst 1932 besuchte Michael Blöth den fünften Lehrgang für einen Einsatz im AM-Apparat der KPD in der Sowjet-Union. (AM: Abteilung Militärpolitik). Die Brüder von Michael Blöth, Hans und Sepp, sowie der Bruder seiner Frau, Albert, waren im März 1933 verhaftet worden und im KZ Dachau. Im Sommer 1933 kehrten Michael Blöth und acht Kursteilnehmer nach Deutschland zurück, um die entstandenen Lücken zu schließen. Besondere Sorgen machte sich die Parteileitung der KPD um die immer komplizierter werdende Anleitung der Bezirke. Es wurde deshalb beschlossen, die Anleitung der Bezirke zu verbessern und so wurden Oberbezirke gebildet. Michael Blöth war für Bayern vorgesehen. Durch Verrat war es der Gestapo gelungen in den Am-Apparat einzudringen. Michael Blöth wurde am 13. März 1934 um 7.30 Uhr in Berlin verhaftet und wurde in Hauptquartier der Gestapo, in der Prinz Albrecht Str., am gleichen Tag ermordet.

Der Mord an Rudolf Benario und Ernst Goldmann

Am 12. April 1933, wurden die Fürther Rudolf Benario und Ernst Goldmann nach bestialischen Misshandlungen von ermordet. Sie waren die ersten von 41.500 in Dachau ermordeten Häftlingen.

Am 20. September 1908 kam Rudolf Benario in Frankfurt/Main zur Welt. Seine Eltern, Leo (Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung) und Ma-

ria Benario, gehörten zum gehobenen, in die Gesellschaft integrierten, jüdischen Bürgertum. Im Dezember 1930 zog die Familie nach Fürth in die Moststr. 35. Im Wintersemester 1929/30 promovierte Rudolf Benario. An der Universität arbeitete er ab 1927 in der 'Arbeitsgemeinschaft Republikanischer Studenten' mit. Am 15. Januar 1930 kam es in



einer Sitzung des Allgemeinen Studenten Ausschusses (ASTA) zu einem Eklat. Die Vertreter_innen der NS-Student_innen verließen die Sitzung, weil Rudolf Benario „[...] ein schädigendes Verhalten an den Tag legt [...]“. Bereits vorher waren Aushänge der republikanischen Student_innen mit dem Schimpfwort „Judenknechte“ beschmiert worden. Der Rektor der Universität denunzierte Rudolf Benario am 12. Dezember 1932 beim bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus als kommunistischen Agitator. Im Oktober 1931 war Rudolf Benario vom Fürther Amtsgericht wegen Verstoßes gegen den §3 der „Verordnung zur Bekämp-

fung politischer Ausschreitungen“ zu einer Geldstrafe von 80 RM verurteilt worden, weil er am 17. Juli 1931 an einer Erwerbslosendemonstration der KPD teilgenommen hatte. Als erschwerend sah das Gericht an, dass sich der Student offen zur Kommunistischen Partei bekannte. Aktives Mitglied war Rudolf Benario auch im 1927 von Kommunisten gegründeten Fürther Kanu Klub. Der Klub, Mitglied im „Arbeiter Turn- und Sportbund“ (ATB), verstand sich als Gegenbewegung zur nationalistischen und antisemitischen „Deutschen Turnerschaft“, die keine Arbeiter_innen und Juden in ihren Reihen duldete.

20.09.1908	Frankfurt am Main geboren
01.04.1918	Nürnberg Besuch Altes Gymnasium
01.06.1923	Ansbach Gymnasium Carolinum
01.04.1927	Ansbach Abitur
01.03.1930	Erlangen Diplom Volkswirt
13.10.1931	In Fürth verhaftet wegen Teilnahme am einer Kundgebung der KPD
12.12.1932	Denunziationsbrief des Rektors der Uni Erlangen
28.01.1933	Erlangen: Promotion Dr. rer. Pol. Volkswirtschaft
10.03.1933	Fürth: Verhaftet nach Reichstagsbrand
11.04.1933	Dachau Schutzhaft
12.04.1933	Dachau ermordet

EXKURS: EINE FÜRTHER WEIHNACHTSGESCHICHTE 1931

In der Stadtratssitzung vom 9.12.1931 beantragen die KPD Stadträte Anton Hausladen und Hans Blöth die Bezüge der Referenten und Bürgermeister der Stadt von jährlich 8.000 RM auf 6.000 RM zu senken und das Geld den Erwerbslosen der Stadt zukommen zu lassen. Es soll u.a. dazu verwendet werden die Wohnungszwangsräumungen zu verhindern. Als dieser Antrag abgelehnt wird, kündigt Anton Hausladen eine Erwerbslosendemonstration am 24.12. vor der Michaelskirche an.

Das ruft den Stadtpfarrer Paul Frommüller, Fraktionsvorsitzender der Liste „Treu Fürth“ auf den Plan:

„An dem Abend, der [...] in den meisten Herzen und Häusern einen leisen Schimmer seliger Jugenderinnerung leuchten lässt zu demonstrieren ist eine Gewaltanwendung nach russischem Muster“ und beklagt, dass im bolschewistischen Russland erst kürzlich zwei evangelische Pfarrer erschossen worden seien.

Fronmüller wird vom späteren Nazi Oberbürgermeister Jakob und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Hans Erhardt un-

terstützt.

Das reicht Anton Hausladen und er erwidert: „Herr Frommüller ich habe ihnen darauf folgendes zu sagen. Wenn wir unsere Herrschaft in diesem Staate antreten, und das wird bald sein, dann werden wir gegen Pfarrer die sich gegen den Staat vergehen, genau so handeln wie in Russland.“

Aufgrund der darauf folgenden Tumulte im Stadtrat muss Oberbürgermeister Wild die Ratssitzung unterbrechen. Er ruft die Polizei, die die Ordnung wiederherstellt und der wir diesen ausführlichen Bericht über diese Sitzung verdanken.³³

Die Geschichte ist damit aber nicht zu Ende:

Paul Fronmüller geht im März 1933 mit seiner Wahlliste "Treu Fürth" eine Listenverbindung mit der NSDAP ein. In einer Predigt anlässlich der Kirchweih 1933 dankt er Gott "[...] dass er uns in Adolf Hitler den Retter vor dem Ansturm der Gottlosenbewegung und den Erbauer des neuen Reiches geschenkt [...] habe." Er stirbt am 11. November 1945 in Erlangen.

Franz Jakob wird Oberbürger-

33 Staatsarchiv
Nürnberg Rep.
218/3 Polizei Stadt
Fürth (Polizeidirek-
tion) Nr. 20

meister. Er war maßgeblich an den Arierungsaktionen in Fürth beteiligt. Am 28. Oktober 1939 wurde er nach dem heutigen Toru in Polen, versetzt und bis zum Kriegsende als Stadthalter eingesetzt. Nach dem Krieg von den Amerikanern verhaftet, wurde er 1949 zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt, wobei seine Haft vom 6.7.45 bis 15.1.49 angerechnet wurde. Nach seiner Inhaftierung lebte Franz Jakob in Gaimersheim bei Ingolstadt. Dort verdiente er sich seinen Lebensunterhalt mit einfachen Tätigkeiten in einer Gaststätte und starb 1965. Der Vorsitzende der SPD Stadtratsfraktion Konrad Eberhard wird am 11.4.1933 in Dachau inhaftiert. Nach seiner Entlassung legt er am 26. Juni 1933 sein Mandat im Stadtrat und im Landtag nieder und erklärt auch nicht mehr Mitglied der SPD zu sein: „Ich darf wohl für mich in Anspruch nehmen, Oberbürgermeister gegebenen Versprechen getreu, alles getan habe, um im Sinn der nationalen Bewegung an der schweren Aufbauarbeit

mitzuwirken.“ Hans Blöth wird von 1933 bis 1937 und das 2. mal von 1940 bis 1943 in Dachau inhaftiert. Er stirbt am 25.2.1944 in Fürth.

Anton Hausladen ist von 1933 bis 1943 in Dachau gefangen, von 1943 bis 1945 wird er mit seiner Frau Kunigunde und seinem Sohn Georg, der in der Thälmann Brigade in Spanien gekämpft hat, zur Zwangsarbeit nach Karlsbad geschickt. Er stirbt am 12.9.1949 an den Folgen der Haft. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde erklärt am Grab:

„Über jede Parteigesinnung hinweg wollen wir es bekunden: Wir haben einen guten Freund verloren. Wir werden es nicht vergessen wird, dass er es war, der uns 1945 wieder ein Dach über dem Kopf verschaffte, damals als unsere Peiniger von gestern gar nicht daran dachten, unsere ehemaligen Heime zu verlassen, in den sie sich breit gemacht haben. Er war ein Deutscher, der völlig frei war von Gifte des Antisemitismus.“

7.3.1894	Geboren in Wendelstein
1900-1910	7 Jahre Grundschule und 3 Jahre Fortbildungsschule in Wendelstein
1910	Lehre als Metalldrucker, Eintritt in die SPD
1912	Übersiedlung nach Fürth
1918	Eintritt in die USP
1919	Betriebsratsvorsitzender bei der Rheinisch Westfälischen Sprengstofffabrik (Dynamit) in Fürth
1919	Eintritt in die KPD
1923	Anklage wegen Hochverrat
1924	Entlassen wegen der Organisation eines 10-wöchigen Streiks
24.2.1924	Auf einer Versammlung des „Völkischen Blocks“ in Boxdorf mit über 200 Teilnehmern vom Postangestellten Fein und dem Großbauern Adelman werden „die Juden als Blutsauger am deutschen Volk“ bezeichnet. Nur Anton Hausladen, Mitglied der KPD, trat gegen diese Verleumdung auf und seine Bemerkung „wir führen keinen Rassen- sondern Klassenkampf“ wurde deshalb von der politischen Polizei registriert.
1925	Betriebsratsvorsitzender bei Bechmann & Kupfer
30.3.1925	Landgericht hebt die Anklage wegen Verstoß nach §3 der Anordnung über die Auflösung der KPD auf
1928	Bezirkssekretär der RGO Nordbayern

8.6.1929	Auf Antrag des Geschäftsführers der Bayerischen Spiegelglasfabrik, Bechmann & Kupfer und Offenbacher beim Arbeitsgericht in Nürnberg, wird dem Betriebsratsvorsitzenden Hausladen die Eigenschaft als BR aberkannt. Hausladen soll Material für die Kommunistische „Hetzschrift“ "Der rote Glasarbeiter" beschafft haben.
7.8.1929	Hausladen wird von den Bayerischen Spiegelglasfabriken entlassen und auf eine Schwarze Liste gesetzt.
7.12.1929	Zusammen mit Christian Hofmann in den Fürther Stadtrat gewählt
4.2.1930	Die Fränkische Tagespost beschuldigt die Kommunisten die SPD und die Gewerkschaften zu verleumden.
1.4.1930	Anzeige wegen des Verkaufs illegaler Druckschriften in Langenzenn
15.4.1930	Anzeige, hat am 10.4.1930 in einer Erwerbslosenversammlung gesprochen
12.6.1930	Die Fränkische Tagespost verleumdet Hausladen, er habe 10.000 RM aus der KPD Kasse unterschlagen. Selbst die politische Polizei bezeichnet das als Wahlkampfmanöver der SPD. Im Polizeibericht heißt es: „[...] [S]chließlich konnte mit Sicherheit festgestellt werden, dass es sich bei dem vorstehenden Zeitungsartikel [...] um eine Erfindung und nur um ein unehrliches Wahlmanöver handelt.“
25.8.1930	Anzeige wegen Teilnahme an einer Auseinandersetzung zwischen NSDAP und KPD am 13.8.1930 im Gartenbauverein. Er hat mit einem Stein geworfen.

21.11.1930	Der Fürther Anzeiger bezeichnet die kommunistischen Stadträte Blödt und Hausladen als gewissenlose Hetzer, weil sie u.a. die Höchstgrenze der Gehälter bei städtischen Beamten von jährlich 8000 auf 6000 RM begrenzen wollen und für alle Einkommen über 8000 RM eine Sondersteuer von 10% zugunsten der Arbeitslosen fordern. Die schärfsten Ausfälle kommen dabei von Stadtrat Sperber (SPD). Stadtrat Eberhardt (SPD) bezeichnet die Anträge als Demagogie.
9.12.1931	Stadtratsitzung mit der Auseinandersetzung mit Stadtpfarrer Fromüller, weil die KPD am „heiligen Abend“ eine Hungerdemonstration veranstalten will.
30.3.1931	Wegen Ruhestörung zu 6 RM oder 2 Tagen Haft verurteilt
9.7.1931	Arbeitsamt zeigt ihn wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit an.
26.11.1931	Der Stadtrat aus Kitzingen erkundigt sich bei der Fürther Polizei nach Hausladen, weil er dort auf einer Versammlung der KPD reden soll.
5.12.1931	Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 130 RStGB (Volksverhetzung)
6.2.1932	Eine Erwerbslosenkundgebung der KPD wurde von der Polizei verboten. Danach gab es eine Kundgebung in der Schwabacher Straße, bei der 7 Personen festgenommen wurden. Wieder Verleumdungen von der FT gegen Hausladen: Der habe sich verdrückt, hatte nicht genannte Personen angegeben.
23.3.1933	Anton Hausladen und Blöth werden die Ausübung ihres Mandates verboten. Hausladen kann das nicht zugestellt werden, da seine Frau bereits verhaftet und er auf der Flucht ist. Blöth hat die Empfangsbestätigung unterschrieben.

4.4.1933	Fahndungsaufruf der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth
20.4.1933	Verhaftet
27.4.1933	Einlieferung Dachau
2.5.1933	Mitteilung Vollzugsamt: Anton Hausladen befindet sich in Dachau. Langer Schriftwechsel wegen seines Stadtratsausweises und seiner Freikarte für die Straßenbahn
15.5.1934	Verurteilung durch das OLG München wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr Gefängnis
20.05.1934	Strafantritt
14.10.1934	Verlegung in das KZ Dachau
16.6.1935	Nach Strafverbüßung: Erneute Einlieferung nach Dachau
18.6.1943	Entlassen und zur Zwangsarbeit in Gießhübel-Karlsbad verpflichtet
19.6.1945	Rückkehr aus Karlsbad
1.12.1945	Von den Amerikanern als Wohnungsreferent der Stadt eingesetzt
1.7.1948	Als Wohnungsreferent abgelöst
3.3.1949	Anzeigen wegen wilden Plakatierens
12.9.1949	An den Folgen der Haft in Fürth gestorben
30.9.1949	Nachruf Anton Hausladen in der Zeitschrift der jüdischen Gemeinde Fürth: „über jede Parteigesinnung hinweg wollen wir es bekunden: Wir haben einen guten Freund verloren. Unser Vorsitzender legte an der Bahre Hausladens einen Kranz nieder und betonte, dass es bei uns nicht vergessen wird, dass Hausladen es war, der uns 1945 wieder ein Dach über dem Kopf verschaffte, damals als unsere Peiniger von gestern gar nicht daran dachten, unsere ehemaligen Heime zu verlassen, in den sie sich breit gemacht haben. Er war ein Deutscher, der völlig frei war von Gifte des Antisemitismus“.

EPILOG

Wie im Vorwort beschrieben, wollen wir mit dieser Broschüre Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Fürth sichtbar machen – gleichzeitig den Bogen in das Jetzt und Hier schlagen. Die Schicksale und Geschichten von all jenen, die in dieser Broschüre Platz gefunden haben, widersprechen der Mystifizierung Fürths als seit jeher tolerante und weltoffene Stadt. Die Risse in dieser populären Erzählung werden riesig wenn man bedenkt, dass diese Broschüre nur ein Einblick bieten kann. Darüber hinaus gibt es unzählige weitere Geschichten über Täter_innen und Opfer, die erzählt werden müssen.

Gemäß dem Motto „Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran.“ bedeutet ein kritischer Blick zurück aber auch aktiv werden heute. Der Versuch die Erinnerung an damals lebendig zu halten, gleichzeitig aber auch eine emanzipatorische Perspektive zu eröffnen, manifestiert sich beispielsweise im Infoladen Benario. Als linker Freiraum soll er einen Treffpunkt bilden um in Diskussionen, Veranstaltungen oder der alltäglichen Praxis eine umfassende Gesellschaftskritik zu formulieren. Es ist aber nicht an uns, den Infoladen vorzustellen. Deshalb haben wir dies Sabine überlassen.

DER INFOLADEN BENARIO

Knapp drei Jahre ist es nun her, dass im Fürther Osten ein Ort entstand, an dem sich Menschen ohne (Konsum-)zwänge treffen, unterhalten, vernetzen und vor allem politisch engagieren können. Gemeint ist der Infoladen Benario. Was es damit auf sich hat, und weitere interessante Fragen beantwortete uns eine Aktivistin aus dem Ladenkollektiv.

Redaktion: Hallo Sabine, erzähle uns doch erstmal was ein „Infoladen“ überhaupt ist?

Sabine: Ein Infoladen ist ein Ort an dem sich über lokale und überregionale Politik informiert werden kann. Wie das im Konkreten aussieht ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Bei uns findet man neben unterschiedlichen Magazinen und Broschüren, aktuelle Flugblätter aus der Region und der BRD und eine kleine Bibliothek. Außerdem gibt's natürlich verschiedene Veranstaltungen, beispielsweise zu antifaschistischen Themen, aber auch zu Arbeitskämpfen oder eher internationalistischen Themen oder Ausstellungen, Filme, usw. Darüber hinaus bietet der Infoladen

unterschiedlichen Gruppen die Möglichkeit sich zu treffen, Transparente zu malen etc.

Wann und wie kam es dazu, den Infoladen Benario in Fürth zu eröffnen?

Fürther Antifaschist_innen führten bis Anfang 2011 eine Art Nomadenleben. Ohne eigene Räumlichkeiten waren diese bis dahin immer wieder auf der Suche nach Räumen in Gaststätten oder ähnlichem, in denen sie Veranstaltungen machen können. Das ist unter Umständen recht anstrengend und teilweise kostspielig, vor allem fehlte uns aber die Ansprechbarkeit. Daher haben sich lokale Antifaschist_innen zusammengetan und einen Verein gegründet, der schließlich die Räumlichkeiten anmietete. Seitdem ist mit dem Infoladen linke Politik in der Stadt nicht nur sichtbar, er bietet auch einen Anlaufpunkt für antifaschistisch interessierte Menschen in Fürth.

Warum habt ihr euren Infoladen ausgerechnet nach Rudolf Benario benannt?

Rudolf Benario und Ernst Goldmann waren zwei Fürther

Kommunisten, die 1933 nach Dachau deportiert und am 12. April 1933 von den Nazis ermordet wurden. Ihre Namen stehen für uns symbolisch für ein aktives Gedenken an den leider allzu oft verschwiegenen Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft.

Okay, und wann kann man dann bei euch so vorbeischauchen?

Geöffnet haben wir jeden Mittwoch ab 19 Uhr, dort gibt es im Rahmen der Volksküche (Vokü) etwas veganes und nicht veganes zum Essen. Genau wie am wöchentlichen

Kneipenabend freitags ab 20 Uhr ist uns wichtig, dass Essen und Getränke für jede_n bezahlbar sind und eventuelle Einnahmen durch Spenden komplett in die Finanzierung des Infoladens fließen.

Vielen Dank für das aufschlussreiche Interview.

Öffnungszeiten: Mittwoch: ab 19 Uhr Vokü. Freitag: ab 20 Uhr Kneipe.

Termine im Infoladen Benario unter www.infoladen-fuerth.blogspot.de

Adresse: Nürnberger Straße 82, 90762 Fürth

REGELMÄSSIGE TERMINE

(AUSWAHL, MEHR UNTER WWW.ANTIFA-FUERTH.DE.VU/TERMINE)

MONTAG:

ab 19 Uhr | KOMM e.V., Untere Seitenstr. 1, Nürnberg
Volxküche und Kneipe

MITTWOCH:

ab 19 Uhr | Infoladen Benario, Nürnberger Str. 82, Fürth
Antifaschistische Anlaufstelle & Vokü

20 Uhr | KOMM e.V., Untere Seitenstr. 1, Nürnberg
Rote Hilfe - Ortsgruppentreffen-Treffen

DONNERSTAG:

19 Uhr bis 20 Uhr | KOMM e.V., Untere Seitenstr. 1, Nürnberg
Anlaufstelle des Antifaschistischen Aktionsbündnisses

2. und 4. Donnerstag:

19 Uhr bis 20 Uhr | KOMM e.V., Untere Seitenstr. 1, Nürnberg
Anlaufstelle der Roten Hilfe

ab 19.30 Uhr | DESI, Brückenstr. 23, Nürnberg
Volxküche und Kneipe

FREITAG:

ab 20 Uhr | Infoladen Benario, Nürnberger Str. 82, Fürth
Raum zum informieren, diskutieren und kennenlernen.
Beachtet Veranstaltungshinweise! Jeder 2. Freitag:
Kneipe der Jugendantifa Fürth

19 Uhr | KOMM e.V., Untere Seitenstr. 1, Nürnberg
Soli-Tresen gegen Repression, Prolos Kneipe oder
Antifa Aktionskneipe

SAMSTAG:

Jeder zweite Samstag
18:00 Uhr | Projekt 31
Infocafé der Autonomen Jugendantifa

WIDERSTAND GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS IN FÜRTH



ANTIFASCHISTISCHE LINKE FÜRTH
www.antifa-fuerth.de.vu

BEGLEITBROSCHÜRE ZUM ANTIFASCHISTISCHEN STADTRUNDGANG
EINE AKTION DER ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN FÜRTH IN ZUSAMMENARBEIT MIT SIEGFRIED IMHOLZ